

20 Jahre

Flüchtlingsrat
Baden-Württemberg

1988

Rundbrief



Flüchtlingsrat Baden-Württemberg - 03/ 2009

Sie sind eingeladen! Zum Jubiläumsfest am Samstag, den 8. 11. 2008, ab 9.30 Uhr



Seit 20 Jahren gibt es jetzt den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (früher Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg).



20 Jahre Flüchtlingsrat sind Grund zur Freude - aber auch Anlass, Rückschau zu halten und den Menschen zu danken, die seit vielen Jahren für den Flüchtlingsschutz und die Einhaltung der Menschenrechte in unserem Land eintreten.



20 Jahre Flüchtlingsrat - Wir laden Sie ein, mit uns zu feiern und im Gespräch und Austausch weiter an dem gemeinsamen Ziel zu arbeiten.

Auch wenn uns in den vergangen 20 Jahren nur selten zum Feiern zumute war:

Wir feiern mit Flüchtlingen, ehrenamtlich Engagierten, Hauptamtlichen, Freundinnen & Freunden...

Wir feiern mit Welt-Musik., spannenden Vorträgen, Nachdenken, Diskussionen, Austausch...

Wir feiern mit Kulinarischen Köstlichkeiten, mit Freude, Erinnern, Dank...

Wir feiern gemeinsam!



20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Das Fest-Programm.

- 9.30: Ankunft
- 10.00: Musik/Begrüßung
- 10.15 Grußworte
- 11.00 Zeit zum Austausch
- 11.30 Gründungsmitglieder berichten aus der Anfangszeit
- 12.00 Vortrag mit Günter Burkhardt, Geschäftsführer Pro Asyl: 20 Jahre Asylarbeit
Rückblick und Ausblick
- 12.30 Mittagspause
- 14.00 Musik
Anschl. Interviews mit Mitgliedern:
Persönliche Eindrücke aus 20 Jahren Flüchtlingsarbeit

Vortrag mit Andreas Zumach (Publizist, Genf):
Fluchtursachen, zivile Friedenssicherung
und Flüchtlingsschutz

Kriege, ungerechte Handelsbeziehungen und Klimakatastrophen erzeugen und erzeugen Flucht und Vertreibung. An den Fluchtursachen sind zumeist gerade die Länder, die von den Flüchtlingen aufgesucht werden, mitverantwortlich. Wie können wir unserer Mitverantwortung gerecht werden und dazu beitragen, Konflikte in den betroffenen Ländern zu lösen und den Flüchtlingen Schutz gewähren?
Anschl. Diskussion/Rückfragen

15.30 Kaffeepause

Ab 16.00 Ausblick: 20 Jahre Flüchtlingsarbeit - und wie geht's weiter? Wie hat sich die Arbeit verändert? Welche Schwerpunkte setzen wir zukünftig?

programm

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg feiert sein 20-jähriges Bestehen



Bei seiner Vollversammlung am 8.11.2008 kann der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg auf 20 Jahre ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit zurückblicken: Zwei Dekaden des menschlichen Beistandes und Kampfes für die Rechte von Flüchtlingen.

Seit den 1970er Jahren ist die Zahl der ausländischen Flüchtlinge kontinuierlich angestiegen. Die Boat People aus Vietnam hatten den Anfang gemacht. Ihnen folgten Kriegspolter aus Eritrea, Flüchtlinge aus Sri Lanka und libanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge. Um diese Menschen, die in der deutschen Gesellschaft ausgegrenzt und weitgehend auf sich gestellt waren, zu unterstützen, gründeten sich zahlreiche lokale Initiativen, zuerst in den größeren Städten dann aber auch landesweit in praktisch allen Kommunen, in denen Flüchtlinge untergebracht waren. Die Aufgaben dieser Initiativen waren so vielfältig wie das gesellschaftliche Spektrum, aus denen ihre Einzelmitglieder stammten. Es ging um Beratung im Asylverfahren, um Sprachunterricht, Integrationsförderung, Begleitung der Flüchtlinge bei der Bewältigung des täglichen Lebens und nicht zuletzt um Hilfe bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Kirchliche Gruppierungen, Menschenrechtler, Gewerkschafter, Juristen, Lehrer u. a. taten sich zusammen, um jeder auf seine Weise zum Wohl der Flüchtlinge beizutragen.

Um all diesen Einzelgruppen Vernetzung, Qualifizierung und Unterstützung zu bieten, wurde im Jahr 1988 in Stuttgart der „Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V.“ gegründet, der später analog zu entsprechenden Organisationen in anderen Bundesländern in „Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e. V.“ umbenannt wurde.

Als Anfang der 1990er Jahre die Flüchtlingszahlen in Deutschland durch die Balkankriege nochmals stark zunahm, wurde das gesellschaftliche Klima rauer. Flüchtlinge waren unerwünscht, und man hat ihnen das auch deutlich gezeigt. Die Politik verschärfte das Asylrecht und führte erhebliche Restriktionen ein. Zwangseinweisung in Sammelunterkünfte, Paketverpflegung, Residenzpflicht, Arbeitsverbote und andere Schikanen sollten eine abschreckende Wirkung entwickeln.

Die Ehrenamtlichen sind mit den Herausforderungen dieser Zeit gewachsen und haben gelernt, für Humanität und Gerechtigkeit Flagge zu zeigen. Als Flüchtlingslobbyisten waren und sind sie unbeliebt, als gesellschaftliche Brückenbauer sind sie unentbehrlich geworden. Das wird inzwischen auch offiziell anerkannt.

Für ihr Engagement im Bereich der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit erhält Angelika von Loeper, die 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, am kommenden Montag, 10. November, das Bundesverdienstkreuz.

In den letzten Jahren sind die Zugangszahlen von Flüchtlingen drastisch zurückgegangen. Nicht etwa, weil es keine Flüchtlinge mehr gäbe. Im Gegenteil: Kriege und Verfolgung haben vor allem in Afrika und Asien zugenommen. Doch die Europäische Union scheut weder Kosten noch Mühen, um mit abweisender Gesetzgebung und Grenzschutzmaßnahmen Flüchtlingen den Zutritt auf ihr Territorium zu verwehren.

Dafür zu sorgen, dass die wenigen Flüchtlinge, die es noch hierher schaffen, ein einwandfreies Asylverfahren und eine faire Behandlung erhalten, ist und bleibt weiterhin Aufgabe des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg. Doch er wird sich in Zukunft vermehrt auch der Information widmen müssen: über die Zustände in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, über die menschlichen Katastrophen, die sich in den Transitländern abspielen und über die Situation an den europäischen Außengrenzen. Dazu gehören auch Kampagnen, wie etwa für das Bleiberecht von langjährig hier lebenden Flüchtlingen oder die Resettlement-Kampagne „Save me“ für die Aufnahme von Flüchtlingen, die in ihrem Zufluchtstaat nicht bleiben können. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg wird den Spuren der Globalisierung folgen müssen, um seinem Wächteramt in Sachen Menschlichkeit und Menschenrechte gerecht zu werden.

*Gez. Helga Groz
Mitglied des Sprecherrates*

Pressemitteilung, 8.11.2008 3

20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Rückblick und Ausblick

Günter Burkhardt



Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL gratuliert dem AK Asyl Baden-Württemberg zum 20-jährigen Jubiläum. Es ist beeindruckend zu sehen, mit welcher Professionalität und Weitsicht die in Baden-Württemberg in der Flüchtlingsarbeit Tätigen die Gründung initiierten. Bei dem Vortreffen im Jahr 1988 durfte ich über die Organisationsformen in anderen Bundesländern und auf Bundesebene berichten. Die in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg Tätigen, allen voran Werner Baumgarten, leiteten die Gründung einer weitsichtigen, in die Zukunft weisenden Struktur ein: Der AK Asyl wurde als eingetragener Verein konstituiert. Im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern setzte der AK Asyl auf eine Struktur, die auf Beitragszahlungen von Mitgliedern und Mitgliedsgruppen basierte. Dies war sehr wichtig, um eine unabhängige Stimme für Flüchtlinge in Baden-Württemberg zu sein.

Werner Baumgarten hat als langjähriger Vorsitzender zusammen mit seiner Vertreterin, Ragini Wahl, über viele Jahre hinweg den AK Asyl mit hohem Engagement und Charisma repräsentiert. Dem AK Asyl ist es dann gelungen, erneut bundesweit Furore zu machen: Mit Mehrnouch Zaeri wurde zum ersten Mal eine Frau mit Flüchtlingsbiografie Vorsitzende eines landesweiten Flüchtlingsrates. Im Anschluss daran übernahm Angelika von Loeper die Funktion der Vorsitzenden. Im Nachhinein kann ich aus Sicht von PRO ASYL nur sagen: Es sind hervorragende Persönlichkeiten, die den AK Asyl prägten und auch weiterhin prägen.

Wer sich seit über 20 Jahren für die Rechte von Flüchtlingen einsetzt, braucht einen unerschütterlichen Optimismus und eine feste Identität, ein ethisches Fundament außerhalb der Tagespolitik. Bei vielen im AK Asyl Baden-Württemberg

war das der Glaube, der trotz der realen Welt Unmögliches für möglich hält. Bei anderen waren das Fundament die Menschenrechte, die darauf basieren, dass alle Menschen die gleiche Würde und die gleichen Rechte haben.

Menschen in der Flüchtlingsarbeit verteidigen Werte und sind damit unbequem für den Zeitgeist, der oft schnellen Schwankungen unterworfen ist. Wer für Flüchtlinge eintritt, verteidigt nicht nur diese, sondern setzt sich zugleich auch für ein Fundament unserer Gesellschaft ein. Eine Gesellschaft, die nicht auf Werten und Überzeugungen basiert, hat auf Dauer keine Zukunft. Menschenrechte oder Grundrechte, wie sie im Grundgesetz verbürgt sind oder besser gesagt waren, sind nicht nur ein historisches Erbe, sondern auch eine in die Zukunft weisende Grundlage.

Im Einsatz für Flüchtlinge haben der AK Asyl und die AG PRO ASYL viele Niederlagen erlitten. Wir mussten erleben, dass dieses ethische Fundament unserer Gesellschaft untergraben wird. Die Grundgesetzänderung 1993, initiiert durch den sogenannten Nikolaus-Kompromiss vom 6. Dezember 1992 von CDU/CSU, FDP und SPD, war ein historischer Sündenfall. Deutschland verfolgt seitdem das Ziel, sich möglichst frei von Flüchtlingen zu machen.

Eine weitere historische Niederlage ist das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz. Es gibt nur eine Menschenwürde, und das Sozialgeld soll ein Leben in Würde ermöglichen. Mit dem Leistungsgesetz für Flüchtlinge wurde vorexerziert, dass man in einer Gesellschaft ein Leben in Würde auf einem niedrigeren Minimum für möglich hält. Dies war ein Sündenfall für die Ausgrenzung von Teilen unserer Gesellschaft.

Diese Kette von Niederlagen könnte ich beliebig fortführen. Das erspare ich Euch und auch mir. Schließlich bin ich seit mehr als zwanzig Jahren als Geschäftsführer von PRO ASYL in der Flüchtlingsarbeit tätig. Und es macht mehr Mut, sich die Erfolge anzuschauen, um sich weiter in die Zukunft denken zu können.

Schauen wir uns an, was wir erreicht haben:

■ Die damalige – ich nenne es so – Ausländerfeindlichkeit, die sich vor allem auf Flüchtlinge konzentrierte, ist geringer geworden. Das gesellschaftliche Bewusstsein, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, hat sich mehrheitlich in der Politik durchgesetzt.

Polarisierte Wahlkämpfe auf dem Rücken von Migranten und Flüchtlingen sind seltener geworden.

■ Ein weiteres Beispiel ist die Bleiberechtsregelung. Als PRO ASYL und Flüchtlingsräte die Kampagne für ein Bleiberecht für langjährig Geduldete starteten, hörten wir, ihr

«Menschen in der Flüchtlingsarbeit verteidigen Werte und sind damit unbequem für den Zeitgeist ...»

habt keine Chance. Jetzt haben wir erreicht, dass sowohl die Innenminister als auch der Gesetzgeber eine Bleiberechtsregelung verabschiedet haben. In vielen Regelungen sind wir unzufrieden. In vielerlei Hinsicht zeigt sich, dass diese Regelungen nicht ausreichen. Trotzdem ist es ein großer Erfolg, dass sich im gesellschaftlichen Bewusstsein etwas verändert hat. Durch die Arbeit der Asylinitiativen, die Arbeit des AK Asyl in Baden-Württemberg, der Flüchtlingsräte in allen Bundesländern, von PRO ASYL und den Kirchen ist deutlich geworden: Geduldete gehören zu unserer Gesellschaft dazu, eine Ausweisung ist eine unmenschliche Härte.

■ Ein weiterer Schritt ist das gegenwärtig diskutierte Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz. Es ist zwar in vielen Bereichen ebenfalls ungenügend, aber eines möchten wir grundsätzlich positiv hervorheben: Dort wird anerkannt, dass auch junge Geduldete, die hier aufgewachsen und integriert sind, dazu gehören. Jahrelang hielt man Flüchtlinge für unnütz und künstlich vom Arbeitsmarkt fern. Jetzt fängt man an, darüber nachzudenken, dass unabhängig von ihren Fluchtgründen und unabhängig von humanitären Gesichtspunkten es sinnvoll sein könnte, ihnen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Zwar sind die einzelnen Regelungen so restriktiv, dass das Gesetz kaum eine Wirkung entfalten wird – trotzdem ist dieser Ansatz eine ideologische Kehrtwende.

Nun befinde ich mich schon mitten im Ausblick. Welche Herausforderungen liegen vor uns?

Am 10. Dezember 2008 wird die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 60 Jahre alt. In ihrem Menschenrechtsbericht hat die Bundesregierung formuliert, „Menschenrechtsschutz fängt immer zuhause an“. Zum 10. Dezember 2008 werden wir wohlmeinende Äußerungen der Kanzlerin, des Außenministers und von Politikern vieler Parteien hören, wie wichtig die Menschenrechte sind. Es ist eine Aufgabe für die Flüchtlingsarbeit, dafür zu sorgen, dass Feiertagsreden in praktische Politik umgesetzt werden. Zwar schreibt die Regierung „Eine Trennung zwischen der internationalen, auf den weltweiten Schutz der Menschenrechte ausgerichteten Politik vom politischen Handeln im Inneren ist nicht möglich. Menschenrechtsschutz fängt immer zuhause an.“¹

Doch bei der Umsetzung hapert es. Ich möchte einige Herausforderungen der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit in Deutschland herausstellen

1. Menschenrechtsfragen im Spannungsfeld zwischen Außen-, Innen- und Entwicklungspolitik: Zum Konzept der „zirkulären Migration“

Die Bundesregierung hebt in ihrem Bericht die Schwerpunkte während der deutschen EU-Präsidentschaft hervor. Zentrale Weichenstellungen wurden eingeleitet. Zusammen mit der

französischen Regierung wurde ein Konzept sogenannter „zirkulärer Migration“ entwickelt. Dieses Konzept geht einher mit:

- einer Stärkung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern von Flüchtlingen und Migranten,
- dem Abschluss von Mobilitätspartnerschaften,
- dem Abschluss von Rückübernahmeabkommen,
- einem Ausbau der Grenzsicherung und der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX.

Das Forum Menschenrechte hat in dem Positionspapier „Zirkuläre Migration – Ansätze zur Regelung durch die Europäische Union“ umfassend zu dieser Thematik Stellung genommen und auf die menschenrechtlichen Probleme hingewiesen.

In ihrem Aktionsplan Menschenrechte formuliert die Bundesregierung unter Punkt 15): „Sie wird konstruktiv an Initiativen der EU-Kommission zur engeren Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten mitwirken...“ Diese Entwicklung ist äußerst bedenklich, heißt dies doch im Klartext, dass die Flucht nach Europa bereits vor den Grenzen Europas unterbunden werden soll. Es ist insbesondere problematisch, wenn mit „Transitstaaten“ wie z.B. Libyen kooperiert wird, in denen die Menschenrechte nicht geachtet werden. Bedenklich ist ebenfalls, dass das Konzept der sogenannten „zirkulären Migration“ einhergeht mit dem Abschluss von Mobilitätspartnerschaften und einer Instrumentalisierung von entwicklungspolitischen Beziehungen zum Zwecke der Abschottung Europas vor Flüchtlingen.

Zum Konzept der „zirkulären Migration“ hat sich ebenfalls kritisch der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Stellungnahme „Zum Konzept der europäischen Migration: Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten“ vom 2. September 2008 geäußert:

„Das Konzept verletzt Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Schutz der Familie und das Recht auf Schutz vor Diskriminierung. Das Konzept birgt zusätzlich die Gefahr, dass der Flüchtlingsschutz und das Recht auf Asyl unterlaufen werden“ (S.2).

Die Europäische Union verfolgt also das Ziel, möglichst schon weit vor den Grenzen Europas Flüchtlinge und Migranten aufzuhalten. Höhere Entwicklungshilfe ist der Anreiz. Eine Stärkung von FRONTEX und der Kooperation mit den Türsteher Europas, die konkrete Ausgestaltung der Abschottungsmauer um Europa.

«In Bezug auf diese Einsätze [Frontex] fällt ein eklatantes Demokratiedefizit ins Auge.»

2. Die Achtung der Menschenrechte an Europas Grenzen

Die Zahl der Flüchtlinge, die den Weg nach Europa schaffen, befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Tausende sterben bei dem Versuch, Europas Grenzen zu überschreiten. Die Bundesregierung und die europäischen Staaten reagieren auf Flucht und Migration vornehmlich durch Abschreckung und Abschottung. Im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung wird in Kapitel 6.2.3 „Harmonisierung des Flüchtlingssschutzes in der Europäischen Union“ zur Situation an den südlichen Seegrenzen der Europäischen Union Stellung genommen.

PRO ASYL kritisiert zusammen mit anderen Menschenrechtsorganisationen, dass sich in der Praxis das Mittelmeer immer mehr zu einem menschenrechtsfreien Raum entwickelt. 2005 hat FRONTEX die Arbeit aufgenommen – bis heute gibt es noch keine verbindlichen Richtlinien in Bezug auf die Achtung von Menschenrechtsabkommen und das internationale Flüchtlingsrecht.

In Bezug auf diese Einsätze fällt ein eklatantes Demokratiedefizit ins Auge. Weder das Europäische Parlament noch die nationalen Parlamente haben eine effektive Möglichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte im Rahmen von FRONTEX-Einsätzen zu kontrollieren. Im Gegenteil: Es drängt sich der Eindruck auf, dass FRONTEX-Einsätze so angelegt sind, dass strukturell die Menschenrechte verletzt werden.

Das von der STIFTUNG PRO ASYL, amnesty international und dem Forum Menschenrechte beim European Center for Constitutional and Human Rights in Auftrag gegebene Gutachten „Menschen- und flüchtlingsrechtliche Anforderungen an Maßnahmen der Grenzkontrolle auf See“ kommt zu der Schlussfolgerung, dass es Grenzbeamten europäischer Staaten verboten ist, potenziell Schutzbedürftige auf See zurückzuweisen, zurückzueskottieren, an der Weiterfahrt zu hindern oder in nicht zur EU gehörende Länder zurückzuschleppen. Die Europäische Menschenrechtskonvention verbietet eine Zurückweisung ohne Prüfung der Schutzbedürftigkeit. Diese Praktiken stellen demnach nicht nur einen Angriff auf das Leben der betroffenen Menschen dar, sondern stehen zudem in eklatantem Widerspruch zu den menschenrechtlichen Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten.

Gegen völkerrechtswidrige Praktiken von FRONTEX und der nationalen Grenzbeamten formiert sich europaweit Kritik. Im Zentrum steht die Frage, inwieweit die Grenzbeamten in internationalen Gewässern verbriefte Menschenrechte einhalten. Bis heute gibt es keine verbindlichen Richtlinien oder Dienstanweisungen, die FRONTEX verpflichten, die Euro-

päische Menschenrechtskonvention und das internationale Flüchtlingsrecht einzuhalten.

Die EU-Grenzagentur hat kürzlich neue Zahlen über die von ihr koordinierten Einsätze auf dem Mittelmeer und vor der westafrikanischen Küste vorgelegt. Diese belegen, dass das Zurückdrängen von Flüchtlingsbooten auf hohem Niveau weitergeht: Im Rahmen der Operation Hera 2008 waren vor den Kanarischen Inseln FRONTEX-Schiffe im Einsatz. Im Jahr 2008 wurden alleine dort 3.767 Menschen abgedrängt. Von FRONTEX wird hierzu erläutert: Die abgedrängten Personen seien entweder überzeugt worden, umzukehren, oder sie wurden zum nächsten Hafen (im Senegal oder in Mauretanien) eskortiert.

Wie ein Einsatz von FRONTEX auf See konkret vor sich gehen kann, wurde in einem ARD-Radiofeature über FRONTEX-Operationen im Seegebiet zwischen Italien und Libyen bekannt: „Wir wurden bei offiziellen Treffen mit Einsatzplänen und schriftlichen Befehlen konfrontiert, laut denen die Abwehr der illegalen Einwanderer darin besteht, an Bord der Schiffe zu gehen und die Lebensmittel und den Treibstoff von Bord zu entnehmen, so dass die Immigranten dann entweder unter diesen Bedingungen weiterfahren können oder aber lieber umkehren.“ (Saverio Manozzi, Haupteinsatzleiter der italienischen Militärpolizei, der Guardia di Finanza, in Rom im SWR2-Radiofeature: Krieg im Mittelmeer. Von der Cap Anamur zu FRONTEX und Europas neuen Lagern. Von Roman Herzog, 26.06.2008).

Auch Deutschland beteiligt sich an FRONTEX-Operationen im Mittelmeer. „Auftrag der Hubschrauber der Bundespolizei ist die Überwachung eines zugewiesenen Seeraums; lagerelevante Feststellungen werden an die an der Operation beteiligten Schiffe gemeldet.“ (Pressestelle des Bundesinnenministeriums, Antwort an das Rheinische Journalistenbüro vom 28. August 2008)

Obwohl es im Einzelnen bislang nicht möglich ist, FRONTEX die unmittelbare Verantwortung für die Gefährdung von Flüchtlingen nachzuweisen, häufen sich die Hinweise, dass FRONTEX in Menschenrechtsverletzungen involviert ist und dass die Grenzagentur zur massiven Gefährdung der Schutzsuchenden auf ihren Fluchtrouten beiträgt.

3. Fehlende Solidarität mit den Grenzstaaten Europas innerhalb der Europäischen Union

Griechenland hat im Jahre 2007 in etwa die gleiche Zahl von Flüchtlingen aufgenommen wie die siebenmal größere Bundesrepublik Deutschland. Ähnlich wie Griechenland sind

«Die Länder im Zentrum Europas schotten sich immer effektiver ab.»»

Staaten wie Malta oder Zypern mit der Flüchtlingsaufnahme sowie mit der Prüfung in einem fairen und menschenrechtlichen Anforderungen genügenden Asylverfahren, ob die Betroffenen schutzbedürftig sind, überfordert.

Die Regierungen der Europäischen Union und vor allem auch die Agentur FRONTEX reden lieber von „illegalen Einwanderern“ als von Flüchtlingen.

In Griechenland sind es aber vor allem Menschen aus dem Irak, aus Afghanistan, Somalia, die ankommen – also Menschen, die in hohem Maße schutzbedürftig sind. Dies betrifft vor allem die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Insbesondere Minderjährige aus Afghanistan machen sich auf den Weg über die Türkei nach Griechenland, nach Europa.

Auf der italienischen Insel Lampedusa stellten im Jahr 2000 rund 2.000 „Bootsflüchtlinge“ einen Asylantrag. Das sind 60 Prozent aller Asylanträge in Italien. Fast die Hälfte wurde in Italien im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention oder anderweitig als schutzbedürftig anerkannt. Auch auf Malta erhält knapp die Hälfte derjenigen, die als Flüchtlinge mit dem Boot ankommen und einen Asylantrag stellen, eine Flüchtlingsanerkennung oder subsidiären Schutz.

Es ist eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn den nach Europa Kommenden pauschal die Schutzbedürftigkeit abgesprochen wird und sie als illegale Einwanderer stigmatisiert werden. So wird versucht, Einsätze von FRONTEX-Einheiten zu legitimieren.

Die aktuelle Asylpolitik der EU vermittelt den Eindruck, dass es Europa nicht um den Schutz von Flüchtlingen geht, sondern um den Schutz Europas vor Flüchtlingen. Die Mitgliedsstaaten lagern ihre Verantwortung für den Flüchtlingsschutz aus. Derweil spielen sich an den Rändern Europas humanitäre Dramen ab, die zeigen, dass die EU-Staaten sich von elementaren Menschenrechtsstandards entfernen.

Der Schlüssel zur Lösung der in diesem Bericht beschriebenen Missstände liegt deshalb nicht nur in Athen, sondern auch in Brüssel und in den Hauptstädten der gewichtigen EU-Mitgliedsstaaten, wie Berlin, Paris, London.

EU-Bestimmungen, die besagen, dass Asylsuchende in der Regel ihr Verfahren in dem EU-Land betreiben müssen, das sie auf ihrer Flucht zuerst betreten haben, schaffen inhumane Bedingungen für Flüchtlinge und sind unsolidarisch gegenüber den Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen, wie Griechenland.

Wenn das sieben mal kleinere Griechenland im Jahr 2007 mehr Asylsuchende registriert als Deutschland, dann zeigt dies, dass es in Europa noch kein gemeinsames faires und solidarisches Asylsystem gibt.

Die Länder im Zentrum Europas schotten sich immer effektiver ab. Flüchtlinge, die es von Griechenland aus schaffen, in ein anderes EU-Land zu gelangen, werden wieder zurück nach Griechenland geschickt. Die Folgen dieser Politik liegen



auf der Hand: Während sich die Kernländer der EU, insbesondere Deutschland, auf bequeme Art ihrer Verantwortung für eine humane Flüchtlingspolitik entziehen, wehren die EU-Mitglieder an den Außengrenzen vermehrt Flüchtlinge brutal ab. Dies führt zu einer doppelten Verantwortungsverlagerung: vom Innenbereich der EU an die Außengrenzen und von da in unsichere Staaten außerhalb der EU.

Erforderlich ist deshalb der Aufbau eines fairen Asylsystems in Griechenland und in der Europäischen Union. Dieses muss auf den Menschenrechten basieren und dem Prinzip der absoluten Beachtung des Asylrechts, wie es die EU-Staats- und Regierungschefs in Tampere im Oktober 1999 bekundeten. Ansonsten setzt Europa die Errungenschaften der Menschenrechtsentwicklung, auf die der Kontinent so stolz ist, an seinen Außengrenzen aufs Spiel.

Der Rat der Europäischen Union hat den Europäischen Pakt zur Einwanderung und Asyl bei seiner Tagung am 16. Oktober 2008 verabschiedet. Auf Initiative der südlichen Staaten der Europäischen Union wurde eine Passage eingefügt, die sich mit der Solidarität in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen auseinandersetzt. Wörtlich heißt es: „Hinsichtlich der Mitgliedstaaten, deren nationales Asylsystem vor allem aufgrund ihrer geografischen oder demografischen Lage einem besonderen und unverhältnismäßigen Druck ausgesetzt ist, muss die Solidarität auch darin bestehen, dass auf einer freiwilligen und koordinierten Basis eine bessere Umverteilung der Personen, die auf internationa-

«Es ist an der Zeit, eine UN-Weltkonferenz für die Rechte von Flüchtlingen und eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen auszurufen.»

len Schutz Anspruch haben, von diesen Mitgliedstaaten auf andere gefördert wird...“.

PRO ASYL appelliert an die Bundesregierung, dieses Instrument zu nutzen und als ersten Schritt die Rücküberstellung von Flüchtlingen aus Deutschland nach Griechenland auszusetzen.

4. Aufnahme von irakischen Flüchtlingen in Europa – zur Forderung nach einem Resettlementprogramm

Die Bundesregierung will sich dafür einsetzen, dass Flüchtlinge aus dem Irak in Europa Schutz finden. Die anfänglichen Bemühungen sind nun ins Stocken geraten.

Aus Sicht von PRO ASYL ist es völlig unzureichend, wenn in der Europäischen Union die Aufnahme von 5.000 bis 10.000 Flüchtlingen aus dem Irak diskutiert wird. In den Nachbarstaaten des Irak leben rund zwei Millionen Menschen, die aus dem Irak geflüchtet sind, etwa zwanzig Prozent davon sind Angehörige religiöser Minderheiten. Wir sehen nicht, dass diese kurzfristig oder auf absehbare Zeit in den Irak zurückkehren könnten. Wenn tatsächlich 200.000 bis 400.000 Menschen nicht zurückkehren können, ist es völlig unverständlich, wieso auf EU-Ebene Zahlen lediglich zwischen 5.000 und 10.000 diskutiert werden.

PRO ASYL kritisiert, dass die Industriestaaten in immer geringerem Maße bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Die überaus große Mehrheit der Flüchtlinge lebt unter erbärmlichen Bedingungen in Lagern weit entfernt von den reicheren Staaten des Nordens. Auch auf UN-Ebene wurde die Frage der Flüchtlinge seit Jahrzehnten nicht diskutiert. Bei über 50 UN-Konferenzen seit Mitte des 20. Jahrhunderts fällt auf, dass die globalen Herausforderungen von Flucht und Asyl seit der gescheiterten Konferenz von Evian im Jahr 1938 niemals wieder als eigenständiges Konferenzthema in das Zentrum des politischen und gesellschaftlichen Diskurses gestellt wurden. Es ist an der Zeit, eine UN-Weltkonferenz für die Rechte von Flüchtlingen und eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen auszurufen. Eine weitaus größere Bereitschaft der Industrienationen, für den Flüchtlingsschutz einzutreten, ist erforderlich. Dies betrifft nicht nur die Situation von Flüchtlingen aus dem Irak.

5. Zur Situation in Deutschland

5.1 Bleiberecht für Geduldete

Zu Beginn des Teilbereichs „Menschenrechtliche Aspekte von Migration und Integration, Schutz von Flüchtlingen...“ (Kapitel 6) nimmt die Bundesregierung Stellung zur Bleiberechtsregelung. PRO ASYL kritisiert, dass hier nur die Rechtslage

dargelegt wird. Es zeichnet sich ab, dass die von der Bundesregierung und von den Länderinnenministern initiierten Bleiberechtsregelungen das angestrebte Ziel nicht erreichen werden.

Die letzten von der Bundesregierung veröffentlichten Zahlen dazu datieren vom 31. März dieses Jahres². Sie sprechen von insgesamt rund 19.000 erteilten Aufenthaltsgenehmigungen nach der gesetzlichen Altfallregelung und knapp 25.000 Aufenthaltserlaubnissen nach der IMK-Regelung von 2007. Die Zahl der Geduldeten beträgt zum gleichen Zeitpunkt ein Vielfaches davon: rund 127.000 Menschen. Davon lebten 44.000 Menschen in Deutschland, die im Juli 2007 die Achtjahresfrist erfüllt hatten. Rund 67.000 Geduldete lebten im Juli 2007 bereits sechs Jahre (inzwischen sieben) in Deutschland. Gemessen an diesen Zahlen haben die Bleiberechtsregelungen bislang nur 35% aller Geduldeten³, und zwischen 40% und 50% der durch die Aufenthaltsdauer begünstigten Geduldeten⁴ ein Bleiberecht verschafft.

Dabei ist anzumerken, dass in manchen Bundesländern die **Zahl der noch nicht entschiedenen Fälle sehr hoch** ist. So sind zum Beispiel in Berlin 18 Monate nach dem Bleiberechtsbeschluss der IMK vom 16.11.06 sind noch immer über nahezu 2.000 Anträge auf Aufenthaltserlaubnis nicht entschieden.

Allerdings sind auch die bereits erteilten Aufenthaltserlaubnisse zu hinterfragen:

Von den rund 19.000 Aufenthaltserlaubnissen nach der bundesgesetzlichen Bleiberechtsregelung (§104a AufenthG) sind **über 80% nur „auf Probe“** erteilt worden (in genauen Zahlen 15.239 von 18.752). Das zeigt, dass es richtig war, die Aufenthaltserlaubnis nicht zwingend vom Vorliegen einer Beschäftigung abhängig zu machen. Es heißt aber auch, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht davon gesprochen werden kann, dass die bislang erteilten Aufenthaltserlaubnisse mit einem echten Bleiberecht einhergehen. Dies wird sich Ende 2009 zeigen, wenn es um die Verlängerung dieser Aufenthaltserlaubnisse auf Probe geht.⁵ Es besteht die Gefahr, dass die Bleiberechtsregelung auch deshalb ihr Ziel verfehlen wird, weil Begünstigte der Bleiberechtsregelung aufgrund lokaler Arbeitsmarktbedingungen, Krankheit, Alter oder jahrelanger staatlich verordneter Desintegration immer wieder um ihre Lebensunterhaltssicherung bangen müssen.

Generell ist zwar die Zahl der abgelehnten Anträge auf Bleiberecht gering. Das liegt aber auch daran, dass viele Kettengeduldete erst gar keine Anträge stellen, weil sie sie von vornherein als aussichtslos ansehen. Andere scheitern im Vorfeld der Antragstellung (zum Beispiel dadurch, dass von ihnen noch vor der Antragstellung die Vorlage eines Passes verlangt

«Das Problem der Kettenduldungen lässt sich nur generös lösen, aber nicht unter kleinlichen und restriktiven Bedingungen.»

wird). Durch die gesetzten Fristen (Aufenthaltsdauer) und diverse Ausschlussstatbestände können eine Vielzahl von Geduldeten nicht von der Regelung profitieren.

Unser Fazit: Das Problem der Kettenduldungen lässt sich nur generös lösen, aber nicht unter kleinlichen und restriktiven Bedingungen. Auch wurde mit der einmaligen Regelung kein Instrument für die Zukunft geschaffen. Es ist absehbar, dass unter den Rahmenbedingungen des Aufenthaltsgesetzes es auch zukünftig viele tausend alte und neue Kettengeduldete geben wird.

5.2 Entzug des Flüchtlingsstatus

Deutschland gewährt nicht nur in geringem Maße Asyl für Verfolgte – gegenwärtig gibt es eine gegenteilige Entwicklung: Politisch Verfolgte werden der Asylstatus bzw. der Flüchtlingsstatus entzogen. Eine Verfestigung des Aufenthaltsstatus, ein Familiennachzug und die Perspektive einer Einbürgerung in Deutschland wird so verhindert werden.

Die Zahl der Entscheidungen über einen sogenannten Widerruf des Flüchtlingsstatus stieg von 8.615 im Jahr 2006 auf 13.084 im Jahr 2007. Im ersten Halbjahr 2008 wurden bereits 19.733 Prüfverfahren durchgeführt.

Besonders bedenklich ist die Widerrufspraxis gegenüber Flüchtlingen aus der Türkei. Im Visier hat das Bundesamt ganz besonders türkische Flüchtlinge, unter ihnen die meisten Kurden. Überproportional oft wird hier behauptet, sie seien nicht mehr gefährdet. Während im Durchschnitt aller entschiedenen Verfahren beim Bundesamt nur in 17 Prozent der Fälle ein Widerruf erfolgt (1. Halbjahr 2008) wurde bei türkischen Staatsangehörigen in 64 Prozent der Asylstatus widerrufen. Die Zahlen aus den Vorjahren sind noch extremer (2007: 84 Prozent Widerrufe, 2006: 97 Prozent Widerrufe in Türkei-fällen).

Die meisten der betroffenen Flüchtlinge gehen dann vor Gericht. Dort haben sie überwiegend Erfolg. Eine Auswertung von neunzig Entscheidungen ergibt: Die Verwaltungsgerichte gehen fast immer davon aus, dass die Flüchtlinge im Fall der Rückkehr weiterhin gefährdet sind, verfolgt zu werden. Trotz eines Reformprozesses in der Türkei kämen Folter und Willkür immer noch häufig vor. Zum Teil stellen die Gerichte sogar fest, dass sich die Menschenrechtslage in der Türkei zuletzt wieder drastisch verschlechtert hat.

PRO ASYL sieht diese Widerrufspraxis im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen der Türkei zur Europäischen Union. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das Bundesamt politische Erwägungen der Bundesregierung mit berücksichtigt. Es wäre zu klären, ob das Bundesinnenministerium dezi-

diert politisch Einfluss auf Widerrufsverfahren in Bezug auf Flüchtlinge aus der Türkei nimmt. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Menschenrechtssituation in der Türkei aus politischen Erwägungen schön geredet wird.

5.3 Familiennachzug

Menschen haben das Recht, als Familie zusammenzuleben. Viele Mitgliedsorganisationen des Forums Menschenrechte, insbesondere der Verband binationale Familien und Partnerschaften, die Kirchen, PRO ASYL und andere, haben erhebliche Bedenken, auch rechtlicher Art, gegen die verschärften



Bedingungen für den Familiennachzug. Aus unserer Sicht stehen diese Verschärfungen nicht in Einklang mit Artikel 6 Grundgesetz.

In der Zwischenzeit liegen erste Berichte vor, insbesondere von dem Verband der binationalen Familien und Partnerschaften, iaf. Die iaf, eine Mitgliedsorganisation des Forums Menschenrechte hat im September 2007 die Schrift „Haben Sie noch eine Idee? – Erfahrungen bei den Verschärfungen mit dem Ehegattennachzug“ vorgelegt. Darin berichtet die iaf von haarsträubenden Fällen beim Familiennachzug und analysiert die Praxis der Verwaltung, die die ohnehin schon unerträglich restriktive gesetzliche Regelung noch weiter verschärft.

Der Gesetzgeber legt in § 30 Aufenthaltsgesetz fest, dass sich Ehegatt/-innen vor der Einreise auf einfache Art in Deutschland verständigen müssen. In den Hinweisen für die Verwaltung wird dagegen ausgeführt (Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt, August 2007), dass

- damit eine Prüfung gemeint ist auf dem Level A 1,
- diese mündlich und schriftlich abzunehmen ist,
- sie nur beim Goetheinstitut erworben werden kann und
- ein entsprechendes Zertifikat bei Antragstellung vorzulegen ist, es sei denn, die einfachen Deutschkenntnisse sind offenkundig vorhanden.

«Die Erarbeitung eines deutschen Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus ist ein Trauerspiel.»»

Die Mitarbeiter/-innen in den deutschen Auslandsvertretungen wiederum schlussfolgern hieraus, dass eine Antragstellung ohne Zertifikat unvollständig ist und nehmen sie daher gar nicht erst entgegen. Zwar wies das Auswärtige Amt die Auslandsvertretungen nachträglich an, Anträge auch ohne das Zertifikat des Goetheinstituts entgegen zu nehmen, allerdings erleben die Beratungsstellen in der Praxis immer wieder, dass dies nicht befolgt wird. Damit wird den Antragsteller/-innen der Rechtsweg beschnitten.

Allein die Forderung, sich in einfacher Art in Deutsch verständigen zu können, stellt eine Hürde für die Paare dar. Lese- und Schreibfähigkeit – Voraussetzung für das Zertifikat – wird im Gesetz nicht gefordert. Überhaupt ist an keiner Stelle im Gesetz ein Nachweis, also ein Zertifikat erwähnt. Schließlich wird nur ein Zertifikat der Goetheinstitute anerkannt, eine im Vergleich mit anderen Sprachinstituten teure Schule, die gleichzeitig eine Monopolstellung erhält. Ob dies mit europäischem Wettbewerbsrecht vereinbar ist, ist fraglich.

Der Gesetzgeber unternimmt gegen diese verschärfende Auslegung des Gesetzes nichts. Die erhöhten Anforderungen sowie ihre Auswirkungen auf die betroffenen Paare werden in Kauf genommen. Hieraus kann man nur eines ableiten: die Verfahrensweisen der zuständigen Behörden sind politisch gewollt und damit auch die Auswirkungen auf die Paare, nicht zeitnah zusammen kommen zu können.

Infolge dieser Entwicklungen gibt es einen drastischen Einbruch beim Familiennachzug. In Bezug auf Menschen aus der Türkei entwickelt er sich wie folgt:

2007	1. Quartal: 2.083
2007	2. Quartal: 2.314
2007	3. Quartal: 2.068
2007	4. Quartal: 673

Der Familiennachzug ist ohnehin drastisch rückläufig:

2002	85.305
2003	76.077
2004	65.935
2005	53.213
2006	50.300
2007	23.916

5.4 Umsetzung von Menschenrechtsabkommen in Deutschland

PRO ASYL und das Forum Menschenrechte setzen sich für eine vorbehaltlose Umsetzung von Menschenrechtsabkommen in Deutschland ein. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. In ihrem Menschenrechtsbericht nimmt die Bundesregierung unter Punkt 4.14 zum Thema „Flüchtlingskinder“ Stellung – die Frage einer Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention wird nicht thematisiert. Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention 1992 unterzeichnet. Allerdings mit dem sogenannten „ausländerrechtlichen Vorbehalt“. Der Deutsche Bundestag hat sich wiederholt mit der Rücknahme dieses Vorbehalts befasst und die Bundesregierung aufgefordert, den Vorbehalt zurückzunehmen. Das Gegenargument der Bundesregierung, dass dies nur in Absprache mit den Bundesländern stattfinden könne, ist aus Sicht von PRO ASYL nicht stichhaltig. Die Bundesregierung hat selbst bei Widerspruch der Länder die Möglichkeit und die menschenrechtliche Verpflichtung, diesen Vorbehalt zurückzuziehen. Gerade wenn sich die Bundesregierung in ihrer Außenpolitik für die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte einsetzt und Staaten entgegentritt, die versuchen, regionale und kulturelle Vorbehalte in Menschenrechtsabkommen einzubauen, ist ein solcher Schritt auch außenpolitisch von enormer Bedeutung.

PRO ASYL trägt die gemeinsame Stellungnahme verschiedener Organisationen zur Rücknahme des Vorbehalts gegen die Kinderrechtskonvention im Rahmen des UPR-Plans mit und bittet, weitere Ausführungen und Darlegungen dieser Stellungnahme vom 8. September 2008 zu entnehmen.

Rassismus in Deutschland

In ihrem Aktionsplan benennt die Bundesregierung als einen Schwerpunkt die Bekämpfung von „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. In Durban fand vom 31. August bis 8. September 2001 die Weltkonferenz der Vereinten Nationen gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und darauf bezogene Intoleranz statt. Gefordert wurde von der Weltkonferenz ein sogenanntes „Programme of Action“.

Die Erarbeitung eines deutschen Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus ist ein Trauerspiel. Über Jahre hinweg hat das Forum Menschenrechte die Erarbeitung eines Entwurfs durch die Bundesregierung gefordert. Im Oktober 2007 wurde ein erster Entwurf der Regierung bekannt und von zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft in fundamentaler Weise kritisiert. Es hätte ausreichend Gelegenheit bestanden, mit der Zivilgesellschaft eine überarbeitete Fassung zu besprechen. Nun hat die Bundesregierung eine Endfassung im

«... Menschenrechte können nicht widerrufen werden.»

Kabinettsverabschiedet, ohne dass die Zivilgesellschaft mit einbezogen gewesen wäre.

Der von der Regierung verabschiedete sogenannte Aktionsplan zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass er in weiten Teilen die bisher erfolgte Politik der Bundesregierung und die Rechtssituation darstellt. Er setzt keinerlei neue Impulse, die für den Kampf gegen Rassismus in Deutschland erforderlich wären. Als erstes wäre eine umfassende Analyse der aktuellen Situation in Deutschland nötig. Dann würde sich deutlich zeigen, dass die bisherigen Handlungen und Projektansätze der Bundesregierung bei weitem nicht ausreichend sind. So ist ein sogenannter Aktionsplan ohne Handlungsorientierung entstanden. Dies ergibt die erste schnelle Durchsicht des rund 115 Seiten starken sogenannten „Nationalen Aktionsplans der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und daraus folgende Intoleranz“. Dieser Aktionsplan der Bundesregierung signalisiert, dass seine Abfassung als Pflichtübung wahrgenommen wird und die Dramatik und dringende Handlungsnotwendigkeit zur Bekämpfung von Rassismus nicht gesehen wird.

Zusammenfassung und Ausblick

Angesichts der Themen wird deutlich, dass sowohl die Außenpolitik, die Entwicklungspolitik und die Innenpolitik vor großen menschenrechtlichen Herausforderungen stehen. Die aktuelle Politik der Bundesregierung ist alles andere als auf die Einhaltung der Menschenrechte gerichtet. Wir brauchen einen grundlegenden Politikwechsel, der sich auch in der Praxis für die allumfassende Geltung der Menschenrechte ein-

setzt. PRO ASYL, die Flüchtlingsräte, Kirchen und Verbände sollten sich dieser Aufgabe stellen. Menschenrechte sind unteilbar, Menschenrechte sind das Fundament unserer Demokratie, Menschenrechte können nicht widerrufen werden. Treten wir in den Wahlkämpfen des Jahres 2009, während der Europawahl, die am 7. Juni stattfindet oder der Bundestagswahl Ende September für die Achtung der Menschenrechte ein. Es ist wichtig, dass Parteien und Politiker in Wahlzeiten merken, dass es eine starke Lobby für Flüchtlinge gibt, die von ihnen in der konkreten Politik nicht nur Sonntagsreden, sondern konkretes Handeln erwartet. In diesem Sinne hoffen wir von der bundesweiten Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL auf einen starken Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, der sich auch in der Zukunft so engagiert und tatkräftig für die Belange der Flüchtlinge einsetzt wie in der Vergangenheit.

¹ 8. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung für den Zeitraum vom März 2005 bis Februar 2008

² Quelle für alle folgenden Zahlen: Antwort der Bundesregierung auf große Anfrage der Linken, BT-Drucksache 16/8803

³ 44.000 von 171.000 (127.000 aktuell Geduldete plus 44.000 Bleiberechtsbegünstigte)

⁴ 44.000 von 88.000 (44.000 8jährig Geduldete + 44.000) = 50% bzw. 44.000 von 109.000 (65.000 6jährig Geduldete + 44.000) = 40,36%

⁵ 2009 wird sich erweisen müssen, inwieweit das *ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt* in relativ kurzer Zeit erfolgreich sein kann.

Günter Burkhardt
ist Geschäftsführer von PRO ASYL
www.proasyl.de

«Ihr wart für mich immer eine Säule der Flüchtlingssolidarität in der Bundesrepublik mit der Fähigkeit, sehr heterogene Gruppierungen erfolgreich miteinander zu vernetzen.»

Herbert Leuninger, langjähriger Sprecher und Europareferent von PRO ASYL

Heute möchte ich dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zum 20. Geburtstag gratulieren. Aber vorher möchte ich noch schnell den Flüchtling in die Mitte stellen. Ja, genau! Der Flüchtling kommt in die Mitte. Dorthin, wo er hingehört... denken *Sie* jetzt bestimmt! Dabei gibt es dort, wo es eine Mitte gibt, auch immer ein Drumherum. Und beim Flüchtling gibt es viel Drumherum. Der Flüchtling steht in der Mitte. Dort, wo es am wärmsten ist, und dort bekommt er die Aufmerksamkeit, den Schutz und die Hilfe, die ihm zustehen. Dort bekommt er allerdings auch ein Aktenzeichen beim BAMF, ein Aktenzeichen bei der LASt und noch ein paar andere Aktenzeichen. Er bekommt seinen eigenen Eurodac-Eintrag zusammen mit einer Kennnummer und er bekommt einen der bis heute fast 24 Millionen Einträge im Ausländerzentralregister. Dort in der Mitte bekommt er seine eigene Anhörung und „genügend“ Gelegenheit, sich zu seinen Fluchtgründen zu äußern und sogar noch mehr Gelegenheit, sich zu seinem Fluchtweg zu äußern. Und dann bekommt er hier und da noch mehrere individuelle Akten, von deren Existenz er im günstigsten Falle auch etwas weiß. Wir, die genauso ein Teil des Drumherums sind; wir - die offiziellen und inoffiziellen, die unseriösen und seriösen Helfer - sind schon lange im Geschäft und bei jedem neuen Fall schon längst im Geschäft, schneller als der Flüchtling gucken kann: Asylantrag, Anhörungsvorbereitung, Anhörungsnachbereitung, ... dann wird der Flüchtling vielleicht weiter gereicht in die nächste Mitte, wo es weitergeht mit der Klage, der Klagebegründung, dem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz, dem Antrag auf Zulassung zur Berufung und schließlich dann dem neuen Asylantrag, d.h. dem Asylfolgeantrag. Und dazu bekommt der Flüchtling selbstverständlich noch die entsprechenden Aktenzeichen, Geschäftszeichen, Kennnummern, angeblichen Alias-Personalien etc. Es geht einfach immer weiter und weiter bis derjenige, der in der Mitte steht, nicht mehr weiß, wo rechts ist und wo links, noch wo oben ist oder unten. Das Netzwerk spinnt sich weiter. Man könnte aber auch sagen, die Schlinge zieht sich zu. Einerlei! In der Mitte ist es nicht immer schön. Steht der Flüchtling in der Mitte auf der Bühne, im Rampenlicht, wünscht er sich irgendwann eine Pause. Er will raus aus dem grellen Scheinwerferlicht. Er will hinunter und aufatmen. Und lässt man ihn lange genug auf der Bühne, ist es ihm auch egal, ob es einen Applaus gibt oder nicht. Und dem Flüchtling, der nicht auf die Bühne gegangen ist, oder der nicht auf die Bühne gezwungen wurde, ergeht es nicht viel besser. Er steht unten in der Mitte und hat nie wirklich den Überblick gehabt. Und was viel schlimmer ist: Sehen *wir* ihn überhaupt noch? Wissen *wir* noch was er wollte? Wir - die offiziellen und inoffiziellen, die unseriösen und seriösen Helfer? Und die? Die anderen auf der anderen Seite? Unsere Gegner? Der Staat? Sieht er ihn überhaupt? Hat der Flüchtling nicht mitten in all den Aktenzeichen und Geschäftszeichen und zwischen all den kalten Aktenkladden sein Gesicht verloren? Schön langsam? So, dass er es selbst nicht bemerkt hat? Tod auf Raten? Von meinem ersten Tag an in Deutschland bis heute – zuerst als Flüchtlingskind in der „Mitte“ und dann als Helferin (mal offiziell, mal inoffiziell, mal unseriös, mal seriös) – erlebe ich, dass das Papier und die Akten Waffen sein können. Seitdem vergrabe ich mich in Bücher und lerne die Kunst des Papier-Kampfes. Denn mit der Gewalt des Papiers kann man Menschen quälen, foltern, reduzieren und dann schön scheinchenweise töten. Normalerweise pflege ich meine Texte für den Flüchtlingsrat immer optimistisch und hoffnungsfroh zu beenden. Gerade heute an solch einem Festtage wäre es geradezu meine Pflicht. Aber ich *mag* einfach nicht. Gerade heute nicht. Auch wenn ich im Inneren vor Zuversicht platze und mehr denn je weiß, was ich tue und warum. Auch wenn es mir ganz warm ums Herz wird, wenn der Flüchtling mir einen Blick in seinen persönlichen und so verletzlichen Schatz, in seinen einzigen Schatz, den er retten konnte, gewährt. Auch wenn es mir ganz rührselig wird, wenn ich diesen wunderschönen bunten Vogel sehe, der durch die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe zum Leben erwacht ist und der ein eigenes wunderbares Leben entwickelt hat ... Aber eigentlich wollte ich ja nur dem Flüchtlingsrat zum 20. gratulieren. Mehrmousch Zaeri (Dipl.Soz.Päd., Flüchtling, Deutsch-Iranerin, Mensch)





Wie war das damals?

Reimar Krauß im Gespräch mit Eva Abele

Reimar Krauß: Was hat dich bewogen, den AK Asyl Baden-Württemberg vor 20 Jahren mitzugründen?

Eva Abele: Mitgegründet ist glatt übertrieben. Mit zwei weiteren Mitgliedern des AK Kirchheim/Teck war ich bei der Gründungssitzung in Stuttgart-West. Im Gemeindezentrum der evang. Paul Gerhardt-Gemeinde wurde die Vereinssatzung für den AK Asyl Baden-Württemberg beschlossen. Schon damals wurde auch der Name „Flüchtlingsrat“ vorgeschlagen, fand aber leider keine Mehrheit. Zur Wahl zum Ersten Vorsitzenden stellte sich Pfr. Werner Baumgarten zur Verfügung und wurde gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden schlugen wir vom AK Kirchheim Günter Gerstenberger vor. Wir hielten ihn erstens für fähig und wollten zweitens das Vereinsprozedere schnell beenden.

Reimar Krauß: Was waren die drängendsten Fragen damals?

Eva Abele: Für uns waren die Informationen über das Asylverfahren, die rechtliche Fragen über den Status Flüchtlinge wichtig. Die Frage, wie man die Abschiebung von Flüchtlingen verhindern kann, brannten uns auf den Nägeln.

Reimar Krauß: Wie kamen die Asyl-Initiativen und Freundeskreise im Land zum neuen AK zusammen, gab es eine treibende Gruppe, Institution oder Person?

Eva Abele: Die Gründungsphase fand für mich im Jahr 1986 statt. Im Sommer fanden die ersten „Landes-Asyl-Treffen“ in Stuttgart in der Landhausstr. 62 im „Haus der internationalen Begegnung“ statt. Initiative ergriffen und eingeladen haben Ulrike Lörcher (AI) und Maria Kleber-Mavridis (IG „Ausländische Mitbürger“).

Wir in Kirchheim haben über die „GRÜNEN“ davon erfahren.

Es sollte ein Forum sein, in dem sich alle im Asylbereich Tätigen austauschen und ihre Erfahrungen einbringen können.

Diskutiert wurde die Landes- und Bundespolitik zum Thema Asyl. Ein Seminar über rechtliche Fragen der Asylarbeit wurde organisiert.

Auch das Diakonische Werk Württemberg hat Ehrenamtliche und Freundeskreise im Asylbereich zu einem ersten Treffen am 6. Dez. 1986 eingeladen. Es diente dem gegenseitigen Kennenlernen, der Information und der Erörtern wichtiger Fragen.

Reimar Krauß: Welche Zustände haben euch damals im Blick auf die Flüchtlinge besonders bewegt?

Eva Abele: Unerträglich war Mitte der 80iger Jahre, wie in der öffentlichen Diskussion die Flüchtlinge zu einer Bedrohung für unsere Gesellschaft hochstilisiert wurden. Politiker nannten den Zustrom der Flüchtlinge als besorgniserregend und eine Gefahr für die Bundesrepublik.

«Ich fand es beeindruckend und mutig, dass drei Asylbewerber zur Demonstration mitgegangen sind.»

Uns jedoch begegneten Menschen aus Ländern, in denen Terror und Bürgerkrieg herrscht (Sri Lanka, Iran, Eritrea, Libanon, Türkei). Es waren meist junge Männer, die Schutz und neue Perspektiven für ihr Leben suchten. Letzteren stand die restriktive Asylpolitik entgegen.

Reimar Krauß: Welche konkreten Forderungen wurden an die Verantwortlichen in der Politik gestellt?

Eva Abele: Vor Ort haben wir uns vor allem um bessere Unterkünfte für Flüchtlinge, für eine soziale Betreuung und für Sprachkurse eingesetzt.

Politische Forderungen der Anfangszeit waren menschenwürdige Lebensbedingungen, Aufhebung des Arbeitsverbotes, Freizügigkeit statt Residenzpflicht, freie Wohnungswahl, keine Unterbringung in Sammellagern und Wohncontainern, keine Abschiebung in Krisengebiete, Aufhebung der Visumspflicht.

Reimar Krauß: Erinnerst du dich an besonders eindrückliche Begebenheiten aus der Gründungsphase?

Eva Abele: Besonders eindrücklich war die landesweite Demonstration zur ZAST in Karlsruhe am 6. Dez. 86 und die Begleiterscheinungen dabei.

Das „Landes-Treffen-Asyl“ hat sich sehr rasch entschlossen, seinen politischen Forderungen durch diese Demo Nachdruck zu verleihen.

Wir vom Kirchheimer AK haben den Aufruf zu Demonstration nach intensiver Diskussion unterstützt und auch an der Demonstration teilgenommen. Allerdings haben wir dadurch ein AK-Mitglied (CDU-Stadträtin) verloren.

Das „Landes-Treffen-Asyl“ hat geplant, dass die Flüchtlinge aus Baden-Württemberg an der Demonstration teilnehmen.

Die Teilnahme der Kirchheimer Flüchtlinge an der Demonstration in Karlsruhe wurde zunächst von der Ausländerbehörde genehmigt, musste dann aber wieder rückgängig gemacht werden (Anweisung aus dem RP Stuttgart).

Den Flüchtlingen wurde das demokratische Recht zur Teilnahme an einer Demonstration verweigert; an einer Demonstration, die ihre persönlichen Belange betraf, nämlich die Verwirklichung des Grundrechts auf Asyl.

Ich fand es beeindruckend und mutig, dass drei Asylbewerber zur Demonstration mitgegangen sind. ■

Gruß zum 20igsten Jahrestag des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Vor über 20 Jahren habe ich schon hier in Ravensburg Flüchtlingsarbeit gemacht – aber! wer hilft?

Da hörte ich, dass in Stuttgart ein Flüchtlingsgremium gegründet werden soll. Eine künftige Vernetzung und gegenseitige Information hat sehr gereizt. Ich bin zum ersten Treffen gekommen. Später wurde ich zweimal in den Sprecherrat gewählt. Die Arbeit für Flüchtlinge wurde immer besser, die Kommunikation half mir weiter, obwohl ich hier im äußersten Ende von Baden-Württemberg lebe.

Zwischendurch habe ich auch mal Pause gemacht, da ich ein Restaurant in Ravensburg aufgemacht hatte und irgendwie kann man nicht alles machen. Eine Zeit gingen die Wogen hoch im Flüchtlingsrat, aber sie haben sich geglättet, und nach der Wahl von Mehrmousch als Sprecherratsvorsitzende habe ich auch wieder an eine Mitarbeit im Sprecherrat gedacht. Gedacht getan, ich wurde wieder Sprecherratsmitglied.

Die Zusammenarbeit im Sprecherrat war harmonisch, besonders die Seminare habe ich als absolute Bereicherung empfunden: Information und gute Zusammenarbeit garniert mit viel Lachen und gemütlichem Beisammensein – war toll.

Im Februar 05 habe ich dann meine aktive Mitarbeit langsam beendet, ich bin aber immer wieder gerne nach Stuttgart gefahren. Ein besonderes Highlight war die Einweihung der neuen Geschäftsstelle, und ich denke und wünsche mir, dass das Fest zum 20. Geburtstag auch ein toller Erfolg wird. Ganz abgesehen davon, dass der Flüchtlingsrat weiterhin dringend nötig ist, denn obwohl nicht mehr viele Flüchtlinge kommen, hat der Flüchtlingsrat noch viel zu tun, und dafür wünsche ich viel Kraft und Erfolg – macht weiter so!

Barbara Missalek, Ravensburg

20 Jahre AK ASYL

Grußwort von Werner Baumgarten

Auf der Homepage des Hohen Flüchtlingskommissars ist zu lesen, es gebe keinen größeren Schmerz im Leben eines Menschen als den Verlust der Heimat.



Liebe Flüchtlingsfreunde,
an einem herbstlichen Tag im Trauermonat November müssen wir folglich beschämt einräumen, eigentlich gibt es nichts zu feiern, wenn die einen gezeichnet von diesem unersetzlichen Verlust aus ihrer Heimat fliehen und die anderen sie unterstützen müssen, weil sie im Zufluchtsland unerwünschte Abschreckungsobjekte und einem Geflecht von Restriktionen ausgesetzt sind.

Deshalb haben wir uns zu Beginn unseres Flüchtlingsengagements noch gewünscht, bald überflüssig zu sein, sobald nämlich die Fluchtursachen beseitigt und Lebensverhältnisse in Würde in allen Ländern der Welt gesichert sind, sobald die demnächst 60 Jahre alten Menschenrechte auch dort eingehalten werden, wo heute noch unterdrückt, getötet und gefoltert wird.

Liebe Freunde, leider ist dieser fromme Wunsch heute noch unrealistischer geworden, als er es schon vor zwei Jahrzehnten war.

Allerdings sind wir Engagierten auch 20 Jahre älter und die Herausforderungen noch komplexer geworden.

Die Machtverhältnisse in unserem Bundesland scheinen zementiert, weit und breit kein schwäbisch-badischer Barack Obama in Sicht, der Frischluft in der Villa Reitzenstein einziehen und die Flüchtlingsfreunde aufmerken lässt, dass eine Zeitenwende und ein Paradigmenwechsel für Minderheitenrechte ansteht.

Hier, in diesem konservativen, fast ausschließlich von einer Partei dominierten Bundesland haben wir uns 1988 als AK ASYL zusammengeschlossen, weil hier die **eine** Stimme für Flüchtlinge gefehlt hat.

Nach einigen Fehlanläufen und bitteren Geburtswehen hat der leider vor sechs Jahren verstorbene Dr. Klaus Zwingmann eine Satzung entworfen, die unter der Ägide des damaligen SPD-Landtagsabgeordneten Eberhard Lorenz bei der Gründungsversammlung im ev. Paul-Gerhardt-Gemeindehaus verabschiedet worden ist.

Ein zehnköpfiger Vorstand wurde gewählt. Obwohl ich damals noch Gemeindepfarrer war, unsere Kinder gerade drei, fünf und sieben Jahre alt waren, erklärte ich mich bereit, das Amt des Vorsitzenden zu übernehmen.

Zwölf Jahre sollte ich es begleiten. Von erstaunlich vielen rückhaltlos unterstützt und gestärkt, von anderen offen oder eher subtil bekämpft.

Jedenfalls versuchte ich, mit großer Dynamik und langem Atem durchzuhalten und da zu sein, wenn ich gebraucht wurde.

Nicht nur ich identifizierte mich mit dieser Aufgabe – genauso wie mit den damit verwobenen gleichrangigen Aufgaben des ev. Asylpfarramts und des AK Asyl Stuttgart –, auch ich wurde von innen und außen mit dieser Rolle identifiziert und auf sie festgelegt.

Grundkonsens der Engagierten war das Wohl der Flüchtlinge. Dieses hehre Ziel erlaubte einen weiten Spagat im Spektrum von links außen bis wertkonservativ. Uns einte, als eine Bürgerrechtsbewegung im Stil von ai unbestechlich sein zu wollen im Einsatz für politisch Verfolgte.

Wir wollten mit gewaltfreien, argumentativen Mitteln auf der Seite der Opfer stehen.

Im Gegensatz zu heute erreichten damals viele Flüchtlinge unser Land.

War der Einsatz für libanesische Bürgerkriegsflüchtlinge mittels einer Postkartenaktion zusammen mit SPD und Gewerkschaften noch beschaulich, so wurde das Ankämpfen gegen die Asylrechtsänderung ungemütlich.

«Grundkonsens der Engagierten war das Wohl der Flüchtlinge.»

Die Zeit nach der Wende war von rechten Exzessen geprägt, auch in unserem Bundesland.

Wir nahmen an großen Veranstaltungen gegen rechts teil, 40.000 Menschen protestierten mit uns drüben auf dem Schlossplatz.

Wir sammelten Unterschriften gegen die Asylrechtsänderung.

Zusammen mit Ute Vogt und Vertretern aus anderen Bundesländern übergaben wir sie Rita Süßmuth in Bonn.

Liebe Freunde, auch wenn wir an dieser zentralen Stelle realpolitisch leider unterlagen, wie so oft blieben wir dennoch der heimliche moralische Sieger.

Ich vermute, dies gehört wohl zur eigentlichen Stärke des Asylengagements, die auch unsere Gegner immer wieder verunsichert hat, dass der Einsatz für Menschen nichts Verwerfliches, sondern vom bloßen Anstand geboten ist.

Unsere Akzeptanz war erstaunlich groß.

Je nach Konjunktur wurden wir hofiert als eine Organisation, die mit ihrem Einsatz für verfolgte Menschen den richtigen Weg unserer demokratisch verfassten Gesellschaft mit unter Beweis stellt.

Wir haben den Gesprächskontakt zu den Mächtigen um der Menschen willen gepflegt, ohne uns kompromittieren zu lassen.

Geleitet von der Erkenntnis, wer sich für Menschen einsetzt, muss menschenwürdige Mittel wählen und darf niemand verfeuern.

Wir etablierten jährliche Kundgebungen am Mahnmal für die Opfer des Faschismus gegen Abschiebungen in Krisenregionen. Wir gewannen dafür prominente Rednerinnen und Redner der Gewerkschaften und aus den Oppositionsparteien.

Es gibt kaum einen größeren Ort in Baden-Württemberg, in dem ich nicht mindestens einmal pro Asyl auftrat, das letzte

Mal bei den Jungsozialisten in Sigmaringen am vergangenen Samstag.

Wir waren intensiv in den Medien präsent.

Doch diese Präsenz hatte ihren Preis. Man trachtete mir als dem Repräsentanten des AK ASYL nach dem Leben. Der Verfassungsschutz durfte mich nicht nur wegen der Nähe zu Kurden observieren, sondern musste mich auch beschützen.

Viele Mächtige und Andersdenkende versuchten, mich durch Beschwerden mundtot zu machen oder meine bürgerliche Existenz zu vernichten. Eine erstaunliche Allianz hat sich über die Jahre auf diesem Feld zusammengebraut.

Mittlerweile ist Ruhe eingekehrt.

Obwohl es weltweit 40 Millionen Flüchtlinge gibt, drohen wir, ein Land ohne Flüchtlinge zu werden. Ich glaube, deshalb ist der Horizont zu öffnen.

Als AK ASYL Stuttgart fordern wir wegen der zur Hälfte leer stehenden Unterkünfte in unserer Stadt eine Luftbrücke von Lampedusa hierher für 775 bedürftige Kinder und Jugendliche zum Überleben.

Dies wünsche ich dem umgetauften Landes AK auch, mit Herz und Verstand auf der Seite derer zu stehen, die solidarische Hilfe und eine unüberhörbare Stimme pro Flüchtling benötigen.

Auch wenn wir in den letzten beiden Jahrzehnten ein bisschen zu viel Niederlagen einstecken mussten, ich glaube, nichts, was für Flüchtlinge war, war umsonst.

Liebe Freunde, einen Tag vor dem Gedenken an 70 Jahre Reichspogromnacht dürfen wir am 8.11.2008 auf eine jüdische Weisheit zurückgreifen, die besagt: **Wer ein Menschenleben rettet, rettet die ganze Welt.**

In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch! ■

**Wer ein Menschenleben rettet,
rettet die ganze Welt.**

Jüdische Weisheit

Zwischen Aufbruchsstimmung, internen Kontroversen, Notwendigkeiten und Visionen -

Momentaufnahmen aus der AK ASYL BaWü Vorstandsarbeit der frühen 1990er Jahre

Ragini Wahl

Wir waren motiviert und in Aufbruchsstimmung. Die Erfahrungen der Friedensbewegung im Rücken. Die Bewegung von Asylinitiativen landauf- landab begann sich auszuweiten und meldete sich zunehmend in der öffentlichen Debatte. Grund dazu gab es genügend! Es galt eine Infrastruktur aufzubauen die vernetzt war mit Fachkundigen im Asyl- und Ausländerrecht, politischen Vertretern, Asylinitiativen vor Ort und NGOs. So entstand zunehmend eine qualifizierte Minderheit im Land, die versuchte Flüchtlinge nach Kräften zu begleiten und gleichzeitig Missstände im Asylrecht und der Unterbringungspolitik für Flüchtlinge öffentlich anzumahnen.

Ein erster politischer Erfolg in BaWü, den der AK ASYL BaWü wesentlich mitverantwortete, war der Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Libanon ,1988.

Engagierte Kirchengemeinden wurden bekannt, die abschiebegefährdete Flüchtlinge aus Kriegsgebiete wie z. B. der Türkei schützend in ihre Gemeinde aufnahmen. Aus diesen Einzelinitiativen entstand 1994 die „BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT ASYL IN DER KIRCHE“, die fortan Kirchengemeinden bei ihren Überlegungen, „Kirchenasyl“ zu gewähren, begleitete. In BaWü wurde z. B. das Diakonische Werk Anlaufstelle für ratsuchende Gemeinden in Vernetzung mit dem AK ASYL BaWü und der BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT.

Spektakulär war in dieser frühen Phase der Kirchenasyle dann die Kirchenbesetzung der Stiftskirche in Tübingen (zum Jahreswechsel 1989/90). Geschützt werden sollten Roma, die nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes abschiebegefährdet waren und in das ehemalige Jugoslawien abgeschoben werden sollten. Eine teilweise heftige Kontroverse folgte über „Kirchenbesetzungen“ und die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der politischen Strategien. Gefördert wurde diese Debatte auch dadurch, da zunehmend bekannt wurde, dass die Vertretung der Roma mit unverhältnismäßigen Mitteln versuchte, ihre Ziele eines „Abschiebestopps“ durchzusetzen. In der Folge geriet der Romasprecher dann ins Fadenkreuz der Justiz. Die internen Debatten im Vorstand dazu erzeugten erhebliche Spannungen.

Ab 1992 machte dann eine weitere Flüchtlingsgruppe von sich reden, zu der wir bislang wenig Erfahrungen hatten. Sie kamen aus dem ehemaligen Zaire. Das Land geriet immer mehr in den Sog politischer Wirren und einer Destabilisierung. Die Opposition im Land bekam dies drastisch zu spüren. In der Folge flo-

hen 1993 allein nach Deutschland 8000 Zairesen (der heutigen DR Kongo) , so viele wie später nie wieder. Da eine erhebliche Anzahl von ihnen auch nach BaWü kam und wir sie in unseren Städten und Gemeinden erlebten, erfuhren wir zunehmend von fragwürdigen Umständen, wie z. B. das VG Stuttgart über ihre Klagen im Asylverfahren entschied. Auffallend häufig kam es zu Ablehnungen, obwohl die Einzelvorträge nicht gleich waren.

Dies führte dazu, dass wir exemplarisch zehn Fälle durch intensive Recherchearbeit dokumentierten. 1995 stellten wir diese Dokumentation dann einer interessierten Öffentlichkeit vor. In einem weiteren Schritt planten wir ein Gespräch mit dem Präsidenten des VG Stuttgart. Dieser Termin kam erfreulicherweise auch zustande. Obwohl der damalige Präsident des VG Stuttgart vor einem Stellenwechsel stand, wurde uns zwischen den Zeilen bekundet, unsere kritischen Einwände ernst zu nehmen. Tatsächlich änderte sich dann die Rechtsprechung des VG Stuttgart zugunsten der Zairer, indem die Rechtsprechung individueller und damit fairer wurde. In diesem ganzen Prozess unserer Recherchearbeit und dem Hinweisen auf diese Missstände fanden wir erfreulich viel Unterstützung bei politischen Vertretern, so den GRÜ-



«Wir waren motiviert und in Aufbruchsstimmung. Die Erfahrungen der Friedensbewegung im Rücken.»

NEN und der SPD: Schließlich gab es 1995 erstmals unter IM Birzele/SPD eine rechtliche Ausnahmeregelung für zairische Flüchtlinge, indem sie per Erlass nochmals einen Folgeantrag stellen durften. Die Folge war, dass viele ihrer Asylverfahren nochmals geprüft wurden und eine ganze Reihe von ihnen schlussendlich ein Bleiberecht erhielt. Diese „politische Besinnung“ wäre ohne die Beharrlichkeit des AK ASYL BaWü schwerlich möglich geworden.

Eine ähnliche Ausnahmeregelung gab es in BaWü unter IM Birzele noch für Christen aus der Türkei, die zwischen den dortigen Bürgerkriegsfronten zerrieben wurden.

Inzwischen gehören viele jener damaligen Flüchtlinge in unseren Gemeinden und Städten zur sozialen Gemeinschaft. Ein Teil von ihnen konnte sich eine neue Lebensperspektive aufbauen. Ihre Kinder haben hier ihre Zukunft. Andere wiederum leiden noch immer unter ihren misslichen Rahmenbedingungen (Krankheit, Traumatisierung, Arbeitslosigkeit etc.) Und wieder andere sind desintegriert, und ihre Zukunft ist sichtlich blockiert. Letztlich mussten Flüchtlinge in die widrigen Umstände ihrer Heimatländer zurück, unfreiwillig und oftmals durch Abschiebungen.

Heute, fast 20 Jahre später, verlagert sich die Lobbyarbeit für Flüchtlinge in Deutschland anteilig immer mehr zum Themenkreis „Integration“. Die Zukunft muss gestaltet werden,

sie braucht rechtliche Rahmenbedingungen und Freiheiten. Es braucht eine konzertierte Integrationspolitik, die nur im gewollten Zusammenspiel von Parteipolitik, Flüchtlingsinitiativen, Sachverständigen und den (ehemaligen) Flüchtlingen selbst befördert werden kann. Wir werden nicht umhin kommen, das bislang Gelungene und Misslungene in unseren Gemeinden und Städten ehrlich zu reflektieren. Noch steht häufig aus, dass die Flüchtlingslobby, so auch der FLÜCHTLINGSRAT BaWü, die „dunklen Schatten“ der Integration thematisiert, wie Missachtung von Frauenrechten unter Flüchtlingen, z. B. aus der Türkei, dem Irak, Pakistan etc. oder die eigenwillige Auslegung unserer Verfassungsgrundrechte, wie dieses z. B. bei islamischen Verbänden geschieht, die sich zugleich auch als Lobby für Flüchtlinge aus Ländern wie Algerien, Türkei, Libanon, Bosnien etc. verstehen. Zugleich gilt es in das Räderwerk der Politik einzugreifen, die zunehmend Integrationsstandards unter „Religion“ verortet. Dadurch wird ein „Wir und Ihr“ gefördert, das u. a. Ethnisierung und religiöse Abgrenzung zur Folge hat, Keimzellen der Destabilisierung einer Demokratie. Flüchtlingsschutz ist jedoch nur in einer stabilen Demokratie möglich!

Oktober 2008

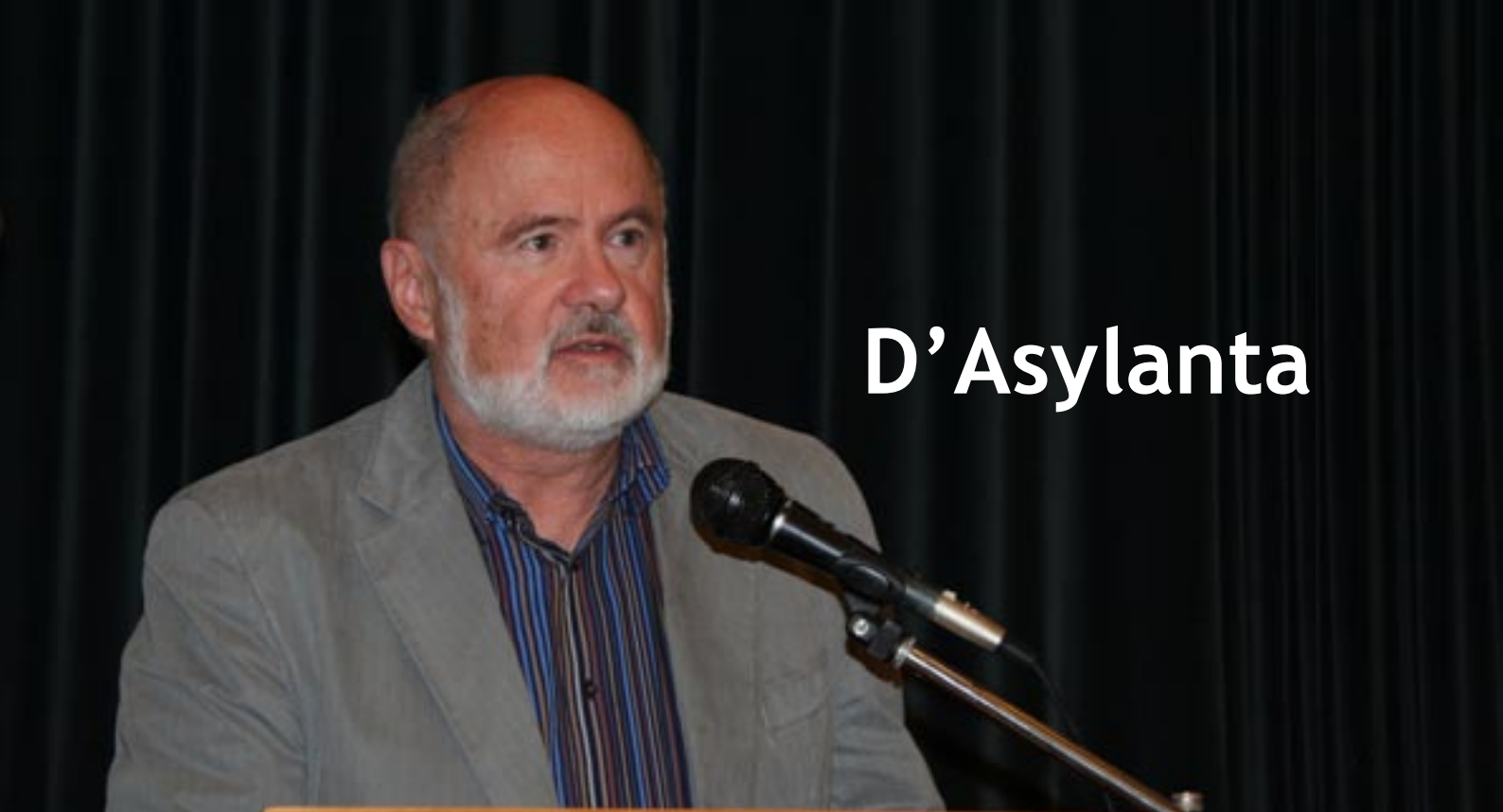
Ragini Wahl, Nürtingen

11/1989 -1996, 2. Vorsitzende des AK ASYL BaWü

1996-02/ 2001, Vorstandsmitglied



20 Jahre
Flüchtlingsrat
Baden-Württemberg



D'Asylanta

Manfred Köhnlein

“Do guck amol dia Kerle a
mit ihrer donkla Haut!”
so secht d’Frau Maier zu ihr’m Ma
am Marktplatz iberlaut.

„Dia hocket do am Bronna rom
En ganze Schara glei’,
Du gohscht ens Gschäft ond
schaffscht wia domm,
dia hält’s Sozialamt frei!“

Beifellig gibt ihr Ma’ ihr recht
ond moint no hentadreï’:
„Dia lebet bei ons gar net schlecht,
drom drucket se so rei’!

Wenn i’ ’s so schee hett, geng’t i au
ens Ausland ens Asyl,
dia wisset älle ganz genau,
en Deitschland hilft mr z’viel!“

So wird des Deng von Maiers gsäh,
so schwätzet se halt raus,
se send beschtimmt net oimal gwä
em Asylantahaus,

wo sieba Menner en oim Raum
nei’druckt send wia en d’Bichs,
erhola ka’ mr sich do kaum,
ond schaffa derf mr nix.

Uf achtzeha Ma’sleut kommt oi Clo,
uf dreißig bloß oi Dusch,
do hocket mr liabr irgendwo
em Schadtpark ontern Busch,

ond lauft halt d’ Bocksgass nuf ond na,
denn reisa derf mr net,
so isch’s bestimmt von oba ra,
au wenn mr bsuacht gern hett’

sain Landsma’, der en Schtuegert ischt
ond Hoimweh hot so arg,
wenn d’Poizei oin do vrdwischt,
no zahlt mr fuffzig Mark.

De’ Maiers isch dees o’bekannt,
drom schwätzat se halt raus:
„Fir dia schmeißt mr en onserm Land
bloß ’s Geld zom Fenschter naus!“

An sich send d’Maiers guate Leut
ond selber Pflichtleng gwä,
drom kenntet se des Elend heut
a bissle anders säh’!

En Wahrheit isch ihr Herz net kalt,
ihr Gschwätz kennt anders sai,
drom sag i’: „Ladet eich doch halt
mal so en Schwarzza’ ai!

Hört eich von so ’ma Kerle a,
worom ’s ehn bei ons gäb’,
er flüschtert scheu dann vor sich na:
„Verzeihong, dass i leb’!!

(1986)

20 Jahre Arbeitskreis Asyl/ Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Festveranstaltung am 8.11.2008 im Gemeindehaus der Stuttgarter Friedensgemeinde

Ingrid Bohsung

Als vor über 20 Jahren Flüchtlinge zu Tausenden in die BRD kamen, herrschte in den Städten, die zur Aufnahme von Asylbewerbern vorgesehen waren, großer Aufruhr, Besorgnis, Unsicherheit. Wie umgehen mit all den vielen Menschen aus Afrika, Afghanistan, Libanon, dem damaligen Jugoslawien, Polen, Rumänien, Türkei, Iran, Irak, Syrien, Ägypten, Sri Lanka, kurz mit Menschen verschiedener Religionen und Hautfarbe.

Die vielen Kriege, man sprach von Stellvertreter-Kriegen, hatten die Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Sie nehmen uns Wohnung und Arbeit weg, sie bringen Kriminalität, sind etwa selbst Kriminelle.

Wer damals in politischen Gremien, in Kirchengemeinden, in seiner nächsten Umgebung das Thema Asyl erwähnte, sah sich bald einer Wand festgefahrener Meinungen gegenüber und wüsten Beschimpfungen ausgesetzt.

In vielen Gemeindegemeinschaften wurde die Angst vor dem Fremden, das Fremde, das uns Angst macht, diskutiert. Mensch durfte Angst haben.

Gott sei Dank fanden sich allerorten furchtlose Frauen und Männer, die bis heute das eine sehen, nämlich den Asylbewerbern zu helfen und auch noch, wenn sie ein Bleiberecht haben, beizustehen.

Da handelte und handelt es sich nicht um eine Multi-Kulti-Romantik, wie oft vermutet wurde, sondern die Antwort auf die Frage, warum wir das tun, lautet: Weil es notwendig ist und weil Flüchtlinge keine Lobby haben!

Erinnern wir uns an das Jahr 1986, als Städte und größere Gemeinden Flüchtlinge zugewiesen bekamen, es entstanden große staatliche Unterkünfte mit bis zu über 500 Menschen und städtische kleinere Heime, betreut von hauptamtlichen sozialen Diensten. In ganz Baden-Württemberg bildeten sich Freundeskreise, die eine Notwendigkeit in der Mithilfe bei der Flüchtlingsbetreuung sahen.

So geschah es auch 1986 in meinem Wohnort Stuttgart-Weilimdorf, einem Stadtteil im Norden Stuttgarts am Fuße der Solitude.

Als bekannt wurde, dass Asylbewerber kommen und wo sie untergebracht werden sollten, bildete sich spontan ein Freundeskreis aus Friedensbewegung und Kirchengemeinden.

Wir versuchten, noch bevor ein Flüchtling Weilimdorfer Boden betreten hatte, die Bewohner der nahen Umgebung der zukünftigen Flüchtlingsunterkunft zu beruhigen und ihnen Ängste zu nehmen.

Eine kleine, nach dem Krieg erbaute Siedlung mit Sozialwohnungen in der Lehmgrube, nicht weit vom Zentrum Weilim-

dorfs, schon zum Abriss vorgesehen, wurde notdürftig für die zu erwartenden Flüchtlinge instand gesetzt.

Unsere Vorarbeit hatte sich bewährt. Nach Stgt.-Weilimdorf kamen 50 bis 60 Asylbewerber (meist Familien) aus dem Libanon, der Türkei, aus Syrien, Iran, Ägypten. Die vielen Kinder öffneten die Herzen der deutschen Nachbarn, und es entwickelte sich eine große Hilfsbereitschaft.

Anders sah es dann aus, als die Häuser abgerissen wurden und die Flüchtlinge in einer damals neu erbauten Siedlung in



einem Wohnblock, Niersteiner Str. 4, 1988/89 einziehen durften, 140-150 Asylbewerber, auch wieder Familien und wenige Einzelpersonen. Das Haus liegt eingebettet in eine Reihe von vier- bis fünfstöckigen Häusern, die aneinandergelagert sind.

Damals hörte ich zum ersten Mal aus der so genannten gutbürgerlichen Gesellschaft einen Ablehnungsgrund, nämlich der drohende Werteverfall der umliegenden Eigentumswohnungen.

Gott sei Dank kam es in über 20 Jahren zu keinen Übergriffen rechtsradikaler oder sonstiger Gruppen. Im Haus selber kam es bei all den vielen unterschiedlichen Menschen zu verhältnismäßig wenigen Reibereien.

Während damals drei SozialarbeiterInnen und ein Zivi der Evangelischen Gesellschaft die Asylbewerber betreuten, sind heute durch die neuen Bestimmungen eine Sozialarbeiterin und ein Zivi für ungefähr 90 Flüchtlinge Ansprechpartner.

Der Arbeitskreis Asyl Stuttgart-Weilimdorf hat gleich zu Anfang mit Alphabetisierung und Deutschunterricht für Frauen und einzelne Männer im Haus in dazu freigestellten Räumen

begonnen. Hausaufgabenhilfe, Suche nach Ausbildungsplätzen für Schulabgänger, Behördengänge, Arztbesuche, Suche nach Kindergartenplätzen, Begleitung zu Gerichtsverhandlungen usw., wir gewannen schnell das Vertrauen der Flüchtlinge.

Wir befassten uns in Abendgesprächen mit den Flüchtlingen über ihre Herkunftsländer und die Fluchtursachen. Jedes Jahr veranstalteten wir ein Fest im nahen evangelischen Waldheim, zu dem trotz Einladung wenige Deutsche kamen. Die Flüchtlingskinder wurden an Weihnachten von uns beschenkt.

Vom damaligen Freundeskreis sind noch fünf Mitglieder aktiv, der Tod und Krankheit haben Lücken hinterlassen. Neue Menschen kamen dazu, und so besteht unser heutiger Kreis aus zwölf aktiven Mitgliedern.

Wir wollen auch die Flüchtlinge weiter begleiten, wenn im Sommer 2009 die Unterkunft nach den jetzigen Plänen der Stadt geschlossen werden soll.

1986 gründete Pfarrer Werner Baumgarten den AK Asyl Stuttgart, in dem in der folgenden Zeit alle Freundeskreise aus Stuttgart Aufnahme fanden.

Hier wurden wir sensibilisiert für die vielfach undurchsichtige rechtliche Lage der Flüchtlinge.

Ein wichtiger Meilenstein in der Flüchtlingsarbeit war das Jahr 1988, nämlich die Gründung des Arbeitskreises Asyl Baden-Württemberg durch Pfarrer Werner Baumgarten. Die Mitglieder der Freundeskreise aller Regionen Baden-Württembergs wurden hier vereint. Ich gehöre zu den Gründungsmitgliedern, war aber niemals im Sprecherrat, weil ich neben meiner großen Familie meine Kräfte bündeln wollte für die ehrenamtliche Arbeit vor Ort.

Wie auch heute trafen sich ein bis zwei Mal im Jahr Menschen aus ganz Baden-Württemberg in Stuttgart, um in Arbeitskreisen und Gesprächen die rechtliche Situation der Flüchtlinge zu erfassen und um etwas über die verschiedenen Herkunftsländer zu erfahren.

Persönlich verhalfen mir diese Tage zu einer Unerschrockenheit bei Behördengängen, bei der Begegnung mit der Polizei oder mit höheren Beamten im Regierungspräsidium.

Ich bewundere stets die kenntnisreiche Arbeit des Sprecherrats. Hier wurden Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt, der Wirrwarr im Asylrecht verständlich gemacht. Wir lernten die oft kurzen zeitlichen Abläufe bei Einsprüchen und konnten schon mal ins rechtsanwaltliche Tun eingreifen.

Viele Fehleinschätzungen des Auswärtigen Amts wurden aufgedeckt.

Wir prangerten die unmenschlichen Abschiebegefängnisse und die Abschiebungen an.

Wir sammelten Unterschriften für unschuldig gefangen gehaltenen Flüchtlinge.

Wir mussten erkennen, dass Deutschland die restriktivste Flüchtlingspolitik im europäischen Raum betreibt.

Wir beobachteten, wie Flüchtlinge mit dunkler Hautfarbe immer wieder in Polizeikontrollen geraten und sich einer Leibesvisitation unterziehen müssen.

Wir sind gegen die Residenzpflicht.

Wir erleben die Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche.

Dabei fällt mir auf, dass sich Flüchtlingen mit deutscher Begleitung die Türen der Behörden schneller öffnen und die Sachbearbeiter gesprächsbereiter sind.

Vieles wäre noch erwähnenswert.

Ich möchte dankbar zum Ausdruck bringen, dass der AK Asyl Baden-Württemberg, das Werk von Pfarrer Werner Baumgarten, im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg weiterlebt mit der ersten Vorsitzenden Angelika von Loeper.

Ich sehe im Flüchtlingsrat eine wichtige Institution im Kampf gegen rechtes Gedankengut, gegen Ausländerfeindlichkeit, ich sehe im Flüchtlingsrat das Verstehenlernen anderer Kulturen und Religionen in unserem christlich geprägten Kulturkreis.

Ich wünsche mir, dass bald den vielen Flüchtlinge, die über die Meere halbtot die rettende Küste erreichen, großzügige Hilfe gewährt wird und die innereuropäischen Grenzen sich öffnen.

Die Luftbrücke Lampedusa – Stuttgart, eine Idee von Pfarrer Werner Baumgarten, sollte Wirklichkeit werden.

Tief im Herzen wünsche ich mir, dass die Menschen einsehen, dass Kriege immer neue Kriege gebären und dass das viele Geld nicht immer für noch mehr Waffen, sondern für das Leben ausgegeben wird.

Ganz zum Schluss danke ich Herrn Klass und Herrn Löffler für all die guten Telefongespräche und danke allen Menschen, die den heutigen Gedenktag organisiert haben.

*Ingrid Bohsung
Arbeitskreis Asyl Stuttgart-Weilimdorf*

„... Meine Vorstandstätigkeit im damals noch „AK-Asyl Baden-Württemberg“ habe ich in guter Erinnerung behalten. Auch heute noch erlebe ich den „Flüchtlingsrat Baden-Württemberg“ als wichtige und kompetente Informationsquelle für unsere Arbeit mit Folteropfern. Wenn ich spezielle Informationen benötige, erhalte ich diese schnell und zuverlässig. Auch bin ich eifriger Leser Eurer E-Mail-Newsletter - das ist gut gemacht. ...“

Für das BFU - Team, Manfred Makowitzki





Beitrag von Tamus Alshamaa zum „Jubiläum“ 20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, 08.11.2008

Sehr geehrte Mitglieder des Flüchtlingsrats
Baden-Württemberg,
Sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich heiße Tamus Alshamaa, bin verheiratet und habe zwei Kinder. Ich komme aus Bagdad und kam Anfang 2003 mit meiner Familie nach Deutschland. Zurzeit wohne ich im Remstal. Ich möchte zunächst von meiner Situation in den ersten Jahren in Deutschland erzählen, wo ich in Asylheimen lebte:

Danke Deutschland, dass Du mich aufgenommen hast, aber ich habe hier 4 ½ Jahre meines Lebens verloren.

Danke Deutschland, Du hast uns in dieser Zeit den Lebensunterhalt bezahlt, aber leider haben wir uns oft schlimmer gefühlt als Tiere; weil Tiere Nahrung erhalten, uns Menschen aber sehr nützlich sind und uns Milch, Eier und Arbeitskraft liefern; wir aber durften in dieser Anfangszeit nichts zurück geben.

Danke Deutschland, dass Du uns ein Dach über den Kopf gegeben hast, leider haben wir uns darunter oft wie in einem Gefängnis gefühlt.

Danke Deutschland, dass Du meinen Asylantrag akzeptiert hast, aber leider erst nach fünf langen und angstvollen Jahren ohne Hoffnung.

Danke Deutschland, dass Du meinen Sprach- und Integrationskurs bezahlt hast, aber leider erst dann, als ich bereits das schlechte Deutsch anderer Flüchtlinge übernommen habe.

Erlauben Sie mir nun zu erzählen, wie es mir nach Akzeptanz des Asylantrages erging:

Innerhalb 9 Monaten habe ich einen deutschen Sprachkurs, einen Integrationskurs, einen EU-Kraftfahrerschein gemacht und eine Arbeitsstelle in einer deutschlandweit tätigen Spedition erhalten. Auch meine Frau hat Arbeit gefunden, machte den Führerschein und absolviert zurzeit einen Integrationskurs. Meine beiden Kinder gehen hier zur Schule, ein Kind sogar in eine Spezialschule.

Erst jetzt kann ich endlich sagen, dass wir auf keine Unterstützung vom deutschen Staat mehr angewiesen sind und Steuerzahler geworden sind.

Erst jetzt kann ich sagen, dass ich und meine Familie stolz sind, der Gesellschaft etwas zurück zu geben.

Zum Schluss habe ich noch ein paar Bitten an Deutschland, mit seinen Regierungen, seinen Ämtern und seinen Einwohnern:

Bitte haben Sie Vertrauen in uns Flüchtlinge, wir sind nicht alle schlecht.

Bitte glauben Sie uns, wir sind nicht alles Lügner.

Bitte geben Sie uns eine Chance, wir sind nicht alle faul.

Und bitte, Deutschland, sage nicht, das würde so nicht stimmen, denn ich habe das hier so erlebt.

Ganz herzlich danken, möchte ich aber auch einigen Deutschen, die uns sehr viel geholfen haben, vom Asylarbeitskreis Kernen, Arbeitskollegen, Nachbarn und Freunde in Stetten. Ganz herzlichen Dank einem deutschen Freund, der mir beim Formulieren meiner Gedanken geholfen hat.

Momentaufnahmen



Interviews mit Mitgliedern

Persönliche Erfahrungen aus 20 Jahren Flüchtlingsarbeit. Udo Dreutler und Vera Kohlmeyer-Kaiser befragen Ragini Wahl und Mehrnouch Zaeri zu ihren ganz persönlichen Eindrücken.



Andreas Zumach über „Fluchtursachen, zivile Friedenssicherung und Flüchtlingsschutz“.



Gründungsmitglieder berichten aus der Anfangszeit

Von Anfang an dabei waren Albrecht Benzing und Lore Bernecker-Boley. Sie erzählten wie alles anfing und was sie im Laufe ihres ehrenamtlichen Engagements am meisten beeindruckt hat. Und was uns am meisten beeindruckt, sie sind heute noch aktiv dabei, wie viele andere Ehrenamtliche in Baden-Württemberg.



Ein spontaner Beitrag von Flüchtlingen, die unserer Einladung gefolgt waren.



Und wer weiß jetzt wie's weiter geht?



Grußworte

Viele Grußworte haben uns erreicht. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich! Einige Grußworte drucken wir auf den folgenden Seiten ab, einige Auszüge hat Ines Fischer für uns zusammengestellt. Wir drucken hier und an weiteren Stellen des Heftes eine Auswahl ab.

Wir verstehen die vielen Schreiben, die wir erhalten haben als Verpflichtung zum Weitermachen.

„... Ihr Schreiben hat in mir Erinnerungen geweckt. Erinnerungen an die Zeit, als wir darüber beraten haben, wie die verschiedenen Initiativen, die entstanden waren, vernetzt werden könnten. Erinnerungen daran, die noch weiter zurück gehen, nämlich daran, wie es war, als wir in Bad Cannstatt Anfang der 80er Jahre den ersten Freundeskreis gründeten. Erinnerungen an Unterkünfte, wie das Gebäude am Pragsattel. Wer von den Besuchern des Theaterhauses denkt heute noch daran, unter welchen Bedingungen hier einmal Menschen untergebracht waren? Oder die Erinnerung daran, dass die Unterkunft Hofenerstraße ein Jahr lang ehrenamtlich betreut werden musste, weil angesichts der baulichen Mängel keine Organisation die Betreuung übernehmen wollte. Heute ist dort ein großer Spielplatz und Menschen unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlichsten Alters spielen dort miteinander.“

Es ist im Laufe der Jahre für die Menschen, die bei uns um Schutz gebeten haben, eine Menge erreicht worden – besonders Dank Ihrer Arbeit. Allerdings ist aber auch im Lauf der Jahre der Zaun um unser Land immer undurchdringlicher geworden und nur noch wenige haben die Chance hier Schutz zu finden. ...“

Inge Utzi, Stuttgart

„... Ich habe viele Freundinnen und Freunde in den lokalen Initiativen und im Flüchtlingsrat Baden-Württembergs von Anfang an als aufklärende und beharrliche Streiter für Menschlichkeit, Menschenrechte und Menschenwürde erlebt. Möge die Bilanz Eures Jubiläums und die Zukunftsperspektive die Fundamente unserer gemeinsamen Arbeit für Flüchtlinge bekräftigen und all diejenigen stärken, die mit Mut, Hoffnung, Zuversicht und Engagement weiter daran arbeiten, unsere Gesellschaft und die Welt menschlicher zu machen. ...“

*Heiko Kauffmann,
Mitglied des Vorstandes AG PRO ASYL*

„... Ihre Publikationen ... lese ich mit großem Interesse, beobachte so Ihre Arbeit und fand schon manchen hilfreichen Hinweis oder neue Informationen, auch für den akademischen Unterricht. Da bleibt eigentlich nur, „Weiter so!“ Ihnen aufmunternd zu rufen und Kraft und Mut zu wünschen für die nächsten Jahrzehnte Ihrer engagierten Arbeit. Ich wage die Prognose: Diese Arbeit wird nicht überflüssig, sondern eher wichtiger werden. Es ist gut, dass es dafür Sie und den Flüchtlingsrat Ba-Wü. gibt. ...“

Professor Dr. Holger Hoffmann, Bielefeld

20 Jahre organisierter Flüchtlingsschutz von unten
– bedeutet:

- häufig letzter Rettungsanker für schutzsuchende Menschen
- politische Lobby für eine ungeliebte Minderheit
- Unterstützung für Unterstützer
- Orientierungshilfe und Austauschbörse im bürokratischen Dschungel
- Stachel im Fleisch einer sich zunehmend abkapselnden Politik
- Sensibilisierung einer selbstbezogenen Gesellschaft
- Vorwegnahme einer Utopie von vielfältigem interkulturellem Leben

Aber nicht nur allein zurückzuschauen und nachzudenken, Erfolge und Mißerfolge, Siege und Niederlagen, Lösungen und ungelöste Probleme zu betrachten, sollte dieser Tag Anlaß sein, sondern sich einmal freuen, feiern, ausgelassen sein, einfach den Alltag hinter sich zu lassen, um Freude, Vergnügungen, Kraft, neue Erinnerungen aufzutanken, dafür wünschen wir von Refugio VS allen Beteiligten viel Erfolg und einen wunderschönen Tag.

Die 20 zurückliegenden Jahre sind allerdings auch Herausforderung und Verpflichtung zugleich, den Flüchtlingsschutz weiter auszubauen. Flüchtlingsarbeit ist Menschenrechtsarbeit, angesichts der gefährlichen Situation einer zunehmenden weltweiten forcierten Migration und massenweisen Fluchtbewegung können wir die Augen nicht zumachen, auch wenn Verantwortliche dieses gerne sehen würden.

Wir sind stolz, ein Teil dieser Bewegung zu sein und hoffen auch in Zukunft auf gute, erfolgreiche intensive Zusammenarbeit in den jeweils spezifischen Arbeitsfeldern. Wir sind froh, Euch zu haben und zu wissen: Wir stehen vor Ort nicht allein.

Allen, die zum 20 jährigen Bestehen des Flüchtlingsrates beigetragen haben, danken wir sehr herzlich. Ihr habt Mut und Hoffnung gesät, die Saat ist aufgegangen, ob wir die Ernte noch einfahren können, entscheiden die nächsten 20 Jahre.

*Ernst-Ludwig Iskenius
für das Refugio-Team, Refugio V-S*

Ottmar Schickle überbrachte
das Grußwort von
Oberkirchenrat Helmut Beck,
Vorstandsvorsitzender des
Diakonischen Werks Württemberg.

Grußwort zum 20-jährigen Jubiläum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Zum 20-jährigen Jubiläum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg überbringe ich Ihnen die herzlichen Grüße von Herrn Oberkirchenrat Helmut Beck, dem Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg, der heute leider verhindert ist.

Er hat mich gebeten, Ihnen das folgende Grußwort zu überbringen:

„Eines der alarmierendsten Kennzeichen der heutigen Zeit ist die unfreiwillige Wanderung von Menschen, die gezwungen sind, ihr Heim und ihr Land zu verlassen. Als Flüchtlinge oder Vertriebene sind sie Opfer von ungerechten gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Strukturen, von Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte und von brutalen bewaffneten Konflikten.“
Als der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 1986 diesen bis heute aktuellen Text in seiner programmatischen Schrift „Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land“ verfasste, waren gerade die ersten Flüchtlingsräte in Deutschland im Entstehen begriffen. In dieser bewegten Zeit kurz vor dem Fall der Mauer wurde 1988 auch der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg - damals als Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg - gegründet.

Ein Jahr nach der Gründung Ihres Arbeitskreises fielen die innerdeutschen und in der Folge zunehmend auch die europäischen Binnengrenzen. Doch das bedeutete noch lange keine Welt ohne Grenzen. Denn parallel dazu ist der Beginn einer ganz anderen Entwicklung zu verzeichnen: die Mauern an den Außengrenzen Europas werden stetig höher: Immer weniger Flüchtlinge finden den Weg nach Europa und in unser Land. Damit in Zusammenhang steht auch die Entwicklung, dass die neuen EU-Mitgliedsstaaten, die früher *Herkunfts*ländern von Flüchtlingen waren, heute verstärkt zu *Aufnahm*eländern werden. Leider entspricht deren Aufnahme- und Anerkennungsverfahren bei weitem noch nicht den Mindeststandards eines zu harmonisierenden europäischen Asylsystems.

Vor den Toren Europas sterben täglich die namenlosen Flüchtlinge, die nichts anderes wollen, als mit ihren verrosteten Booten das „gelobte Land Europa“ zu erreichen, weil sie für sich und ihre Kinder keine Überlebenschance in ihren Heimatländern sehen.

Und diejenigen, die mit Hilfe von Schleppern „illegal“ (und die Frage muss erlaubt sein: „wie auch sonst?“) nach Deutschland gekommen sind, sehen sich einem Asylverfahren ausgesetzt, welches von Abwehr und Misstrauen geprägt ist. Und mit Blick auf das Dublin-Verfahren ist für die Schutzgewährung nicht primär das Schutzbedürfnis des Flüchtlings entscheidend, sondern dessen Reiseweg.

Sieht man sich daraufhin die politischen Verlautbarungen deutscher und europäischer Innenpolitiker an, drängt sich einem der Eindruck auf, dass die Fragen von Einwanderung, von Integration, von gemeinsamer europäischer Asyl- und Migrationpolitik mehr und mehr überlagert werden von Aspekten der inneren Sicherheit, der Bekämpfung des sogenannten „Schlepperunwesens“ und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Ich schließe mich hier der Einschätzung vieler Menschen an, die die Entwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik in den vergangenen Jahren kritisch kommentieren und zu dem Schluss kommen dass „nicht mehr der Schutz **des** Flüchtlings sondern der Schutz **vor** dem Flüchtling im Mittelpunkt deutscher und europäischer Asylpolitik steht“.

Angesichts dieser Entwicklungen bin ich fest davon überzeugt, dass die Arbeit des Flüchtlingsrats und ich darf hinzufügen: auch die kirchlich-diakonische Flüchtlingsarbeit – trotz rückläufiger Zugangszahlen – noch wichtiger geworden ist. Vielleicht auch gerade deshalb, weil die Probleme der Flüchtlinge nicht mehr deutlich sichtbar vor unseren Füßen liegen. An vier Beispielen möchte ich verdeutlichen, warum auch in Zukunft die ehrenamtliche bzw. bürgerschaftlich engagierte



Flüchtlingsarbeit und damit auch die Zusammenarbeit von Flüchtlingsrat und Diakonie für uns weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen:

Erstens:

- **Europäische Asylpolitik muss auf den Prüfstand.** Mit der erweiterten Gesetzgebungskompetenz des europäischen Parlaments gewinnt die Wahl zum Europaparlament neues Gewicht. Wir freuen uns, dass wir im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg einen zivilgesellschaftlichen Akteur haben, der seine Aufgaben und Anliegen darin sieht, sich sowohl pointiert in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen als auch Anwalt der Betroffenen zu sein. Gemeinsames Ziel von Diakonie und Flüchtlingsrat ist hierbei die faire und transparente Ausgestaltung des Asylverfahrens für alle Schutzsuchenden und die Sicherung des Zugangs zu einem Asyl gewährenden Staat einzufordern.

Ich komme zu meinem nächsten Punkt:

- **Resettlement soll Instrument des internationalen Flüchtlingsschutzes werden.** Die Diakonie unterstützt die „save-me-Kampagne“ und sieht darin ein wirksames Instrument, um eine Bewegung von unten zu initiieren. Damit befördern wir eine informierte und aufgeschlossene Bevölkerung als beste Grundlage für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und eine dementsprechende Politik, so PRO ASYL in seinem Aufruf zur „save-me-Kampagne“.

Mein nächster Punkt betrifft ein trauriges Jubiläum bundesdeutscher Asylgeschichte – und ich meine:

- **15 Jahre Asylbewerberleistungsgesetz sind genug.** Lassen sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass wir mit dem 25-jährigen Jubiläum des Flüchtlingsrats nicht das 20-jährige Bestehen des AsylbLG bedauern müssen. Dieses Gesetz ist zusätzlich zu einer Vielzahl restriktiver Regelungen Symbol einer auf Ausgrenzung und Abwehr ausgerichteten Flüchtlingspolitik und unterstreicht die oft menschenunwürdige Behandlung von Asylsuchenden. Als Belege nur einige Beispiele: Unterbringung in Sammelunterkünften, Residenzpflicht, unangemessene gesundheitliche psychosoziale Versorgung, Praxis der Widerrufsverfahren, Kettenduldungen, Dauer der Abschiebehaft, Abschiebep Praxis, Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention.

Ich komme zum vierten und letzten Punkt:

- **Die erreichten Erfolge bei der Bleiberechtsregelung müssen ausgebaut werden.** Vor allem die von den Verbänden benannten besonders schutzbedürftigen Gruppen benötigen einen sicheren Aufenthalt und damit eine dauerhafte Lebensperspektive – unabhängig von Einkommen oder Erwerbstätigkeit. Die Härtefallkommission, deren Bedeutung von uns sehr hoch eingeschätzt wird, darf nicht zur „Ersatz-Bleiberechtsregelung“ missbraucht werden.

Spätestens seit der Aufnahme bosnischer Flüchtlinge und verstärkt durch die Bleiberechtsregelungen der vergangenen Jahre wurde vielen bewusst, dass Flüchtlinge nicht nur Menschen in Not sind. Sie bringen auch besondere Erfahrungen, Qualifikationen und Engagement mit und fördern eine Vielfalt, die unserem Land gut tut.

Unter den Geboten Gottes gibt es wenige, die dem Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen an Eindeutigkeit gleichkommen. Der Begründungszusammenhang für den Schutz der Fremden liegt in den Erfahrungen, die Israel selbst in der Fremde gemacht hat: „Einen Fremden sollst du nicht bedrücken. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen (Ex 23, 9). Deshalb gilt: „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.“ (Lev 19,33f). Was im Alten Testament mit der Nächsten- und Fremdenliebe begonnen hat, wird im Neuen Testament vollends zum grenzüberwindenden Gebot. Das Gleichnis vom guten Samariter stellt eindrücklich vor Augen, wie dieses umfassende Liebesgebot auch den bisher fernen Menschen zum Nächsten macht.

Aufbruch, Migration und Flucht sind nicht vorübergehende Phänomene unserer Zeit. Sie sind und bleiben Grundgegebenheiten des Lebens. Deshalb sind auch die Fragen der Aufnahme von Flüchtlingen und die Gestaltung des Zusammenlebens unter den Leitlinien von Würde, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit bleibende Aufgaben.

Hierin sind wir in der Diakonie gemeinsam unterwegs mit denen, die sich in diesem Sinne für Flüchtlinge einsetzen.

Deshalb möchte ich all jenen von Herzen meine hohe Anerkennung aussprechen, die sich in den vergangenen 20 Jahren im Flüchtlingsrat mit Flüchtlingen für die Rechte von Flüchtlingen eingesetzt haben. Besonderer Dank geht an all jene, die neben ihren vielfältigen Aufgaben in Schule, Ausbildung, Beruf oder Familie auch künftig die Zeit und die Energie dafür finden.

Ich wünsche Ihnen bei Ihrer Jubiläumsveranstaltung noch gute Begegnungen und anregende Gespräche.

Grußwort zur Festveranstaltung am 08.11.2008, 20 Jahre Arbeitskreis Asyl/Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Zum 20-jährigen Jubiläum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg möchte ich im Namen der Evangelischen Landeskirche in Baden meine herzlichen Glückwünsche überbringen.

Meine Hochachtung und mein besonderer Dank gelten der ehrenamtlichen Arbeit, die in all den Jahren im Flüchtlingsrat geleistet worden ist. Wirklich ermessen können es wohl nur die Flüchtlinge selbst, was es bedeutet, dass sich Menschen organisieren, um sich für den Schutz der Flüchtlinge in unserem Land einzusetzen. Der Flüchtlingsrat verleiht diesem Engagement eine Stimme, die gehört wird in den verschiedenen Gremien und bei Entscheidungsträgern in der Asylpolitik. Unsere Landeskirche ist dankbar für die intensive Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, beispielhaft bei den jährlich stattfindenden Flüchtlingstagungen in Bad Herrenalb und Bad Boll. Manche Initiativen hätten nicht entwickelt werden können, wenn nicht die Prozesse gemeinsam auf den Weg gebracht und miteinander abgestimmt worden wären. In diesem bewährten und guten Miteinander können Kirchen und Flüchtlingsrat auch künftig die Herausforderungen angehen und die betroffenen Menschen begleiten.

In einer Zeit, in der die Grenzen nach Europa immer dichter werden und nur noch wenige Flüchtlinge unser Land erreichen, ist der gesicherte Aufenthalt für die Schutzsuchenden Voraussetzung für ein menschenwürdiges und gleichberechtigtes Leben in der neuen Heimat.

Das Land Baden-Württemberg finanziert nur noch zu einem kleinen Teil unabhängige Flüchtlingssozialarbeit in den Stadt- und Landkreisen. Die Kirchen haben mit erheblichen Eigenmitteln regionale Flüchtlingsberatungsstellen aufgebaut, die aber lange nicht den Bedarf decken können. Sie, die Engagierten in der Flüchtlingsarbeit, bringen in Ihre Arbeit hohe fachliche Kompetenz ein und sind oft die Einzigen, die vor Ort anwaltschaftlich tätig sind.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen einen langen Atem in Ihrer Arbeit und immer wieder sichtbaren Erfolg, dass die Flüchtlinge ausreichend Schutz und freundliche Aufnahme in unserem Land erfahren.



Ihre Annette Stepputat
Landeskirchliche Beauftragte für die Seelsorge an
Aussiedlern, Ausländern, Flüchtlingen und für Islamfragen
Evangelische Landeskirche Baden



Grußwort zum 20jährigen Jubiläum des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

„Herzlichen Glückwunsch zum 20jährigen Bestehen des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg“

„Glückwunsch“? Ja – Glückwunsch dazu, dass vor 20 Jahren Menschen in Baden Württemberg erkannt haben, dass es zwischen dem Gebot der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und vor allem auch der Menschlichkeit in Gesetzen, Verwaltungsakten und deren Umsetzung im Verwaltungshandeln so große Lücken gibt, die es notwendig machen sich einzumischen und nach der Legitimation der Praxis zu fragen.

In dieser Praxis offenbaren sich Lebensgeschichten, die an Gesetz und Recht zu scheitern drohen. Disziplin, Phantasie und ein gehöriges Maß an Chuzpe sind verlangt, um sich nicht in Zynismus und Bitterkeit zu verlieren. Dass viele Ehrenamtliche aufgegeben haben, hängt mit der Erfahrung zusammen, dass die rechtlichen Spielräume immer geringer werden und engagierte Bemühungen an staatlichen Bestimmungen und Verordnungen abtropfen, mit denen wir unser Land gegen Menschen abzuriegeln versuchen, die Zuflucht suchen.

Es interessiert nicht mehr das Lebens-Schicksal und damit der Fluchtgrund sondern einzig der Fluchtweg. Die administrative Weitergabe von Verantwortung spielt denen in die Hände, die am Elend verdienen und Europa längst mit Schleuserpfaden überzogen haben. Das Risiko der Flucht ist hoch – nicht nur der Preis – und nicht selten wird die Hoffnung, das rettende Ziel zu erreichen, mit dem Leben bezahlt. An den Grenzflüssen, auf Raststätten, an Europas Stränden wird davon erzählt, aber das Geschäft mit der menschlichen Hoffnung blüht weiter.

Und dennoch. Sie kommen weiterhin! Von weit her oder aus den Nachbarschaften. Krieg, Folter, Verfolgung lassen sie die Heimat verlassen; nicht freiwillig oder gar leichtfertig, wie hier immer wieder erzählt wird, sondern in der Hoffnung auf ein Leben, das ohne ständige Bedrohung und Angst geführt werden kann. Die großen Zahlen des UNHCR über die Menschen, die weltweit unterwegs sind und Schutz suchen, lesen sich gewohnt – der konkrete Mensch, der vor uns steht, verlangt eine Entscheidung. Wir sind gefragt.

Sie haben Ihre Arbeit immer auch als politisches Handeln aufgefasst. Sie haben für die Interessen der betroffenen Menschen gekämpft und haben dabei Mitstreiter gesucht und gefunden. Wenn es sein musste, haben Sie vor deutlichen Worten nicht gescheut und die Öffentlichkeit mobilisiert. Dass Sie dabei oft in Konflikt mit herrschenden politischen Meinungen und auch mit weitverbreiteten Vorstellungen in der Gesellschaft gerieten, hat diesem Engagement keinen Abbruch getan. Sie wussten immer, wo die Grenzlinien für das Mittragen von Positionen im Flüchtlingsrat verlaufen und Sie haben diese Räume genutzt, oft bis hart an die Grenze.

Vielen Dank für 20 Jahre dieser äußerst wertvollen, „gemeinnützigen“ Arbeit. Ich hoffe, dass wir auch in den kommenden Jahren auf Ihre Arbeit als Mahner und Warner und unermüdliche Lobbyisten für Flüchtlinge und ihre Rechte zählen können.

Josef Follmann

Referent für Migration und Integration

Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V.

Grußwort 20 Jahre Asyl/Flüchtlingsrat Baden-Württemberg Festveranstaltung am 8.11.2008

20 Jahre Arbeitskreis Asyl/Flüchtlingsrat bedeutet 20 Jahre Hilfe in unmittelbarer Not als humanitäres Gebot!

Die heute unter dem Namen Flüchtlingsrat firmierende Organisation hat es immer als eine ihrer Hauptaufgabe verstanden, sich für in Not geratene Menschen auf Asylsuche einzusetzen. Sie bietet in ihren einzelnen Arbeitskreisen Hilfe, Unterstützung und Information für Asylsuchende. Sie suchen das Gespräch mit offiziellen Stellen, machen sich stark für ein Verständnis für Flüchtlinge. Sie sind Ansprechpartner in Zeiten der Unsicherheit, sie klären die asylsuchenden Menschen auf und haben Verständnis für deren große und kleine Sorgen.

Für dieses bürgerschaftliche und menschliche Engagement möchte ich Ihnen herzlich danken.

Sie verstehen sich als Fürsprecher für die Flüchtlinge in unserem Land und haben es immer verstanden Ihre Anliegen pointiert mit großem Engagement und zielgerichtet vorzubringen. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, begrüße ich das gute Miteinander und wünsche Ihnen und allen die sich für die Interessen der Asylsuchenden einsetzen weiterhin Mut zur Aufgabe, eine erfolgreiche Arbeit und ein vom Gedanken der Menschlichkeit getragenes Miteinander!

Ihr

Hans Heinz MdL

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.
Urbanstraße 44
70182 Stuttgart

UTE VOGT, MdL
Landesvorsitzende

Telefon (0711) 61936-0
Telefax (0711) 61936-20
E-Mail: Ute.Vogt@spd.de

06. November 2008

Grußwort zum 20jährigen Bestehen des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Nach Schätzungen des UNHCR befinden sich 2008 weit über 30 Millionen Menschen auf der Flucht. Krieg und Verfolgung, massive Menschenrechtsverletzungen, Armut und Naturkatastrophen treiben Menschen dazu, alles zurückzulassen, was ihnen lieb und wichtig ist: Ihr Zuhause, oftmals ihre Familie und Freunde. In einer fremden Umgebung müssen sie versuchen, ein neues Leben aufzubauen. Es bleibt daher eine unserer dringlichsten politischen Aufgaben, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Durch gemeinsame europäische und weltweite Anstrengungen müssen wir erreichen, dass Menschen nicht mehr zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen sind.

Wir müssen uns aber auch um jene Menschen kümmern, die in unserem Land Zuflucht suchen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, vormals Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg, leistet hier erfolgreiche Grundlagenarbeit. Seit nun schon 20 Jahren setzt sich der Verein für die Belange von Flüchtlingen und Asylsuchenden ein. Er ist ihnen ein kompetenter Ansprechpartner, er vertritt ihre Interessen und bietet Rat und Unterstützung in allen Lebenslagen an. Darüber hinaus ist der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg immer zur Stelle, wenn es darum geht, die Öffentlichkeit für die Sorgen und Probleme von Flüchtlingen zu sensibilisieren. Auch sein Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist beeindruckend.

Der Flüchtlingsrat hat sich große Verdienste um die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Baden-Württemberg erworben. Er hat immens dazu beigetragen, dass geflohene Menschen in unserem Land Hoffnung und neuen Lebensmut fassen konnten. Dafür sei den Mitgliedern des Flüchtlingsrates ganz herzlich gedankt. Es ist wichtig, dass es in unserem Land Menschen gibt, die immer wieder auf Missstände aufmerksam machen, die aufrütteln und gegen Gleichgültigkeit ankämpfen.

Ich gratuliere dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und all' seinen Mitgliedern sehr herzlich zum 20jährigen Bestehen und wünsche für die Zukunft alles Gute!

Mit besten Grüßen

Ute Vogt MdL
SPD-Landesvorsitzende Baden-Württemberg

20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Ein Grund zum Feiern?

Trotz allem: Ja!

Renate Thon

Gerne erinnere ich mich an die Zeit, die ich als Mitglied des Sprecherrats im damaligen AK Asyl Baden-Württemberg und im späteren Flüchtlingsrat Baden-Württemberg verbracht habe.

Bedanke möchte ich mich dafür, dass ich ein paar Gedanken äußern kann.

Ich habe die damalige Zeit in positiver Erinnerung, sowohl was einzelne Sprecherrätinnen und Sprecherräte angeht, als auch viele der Mitglieder, die im Plenum zusammen kamen. Ich erinnere mich an überaus engagierte Menschen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, sich für einen Personenkreis einzusetzen, der relativ wenig Unterstützerinnen und Unterstützer in unserer Gesellschaft und im Alltag bekam. Menschen, die bereit waren und vielfach sicher noch sind, Zivilcourage und Mut, aber auch Liebe zu den Menschen zu zeigen, für die sie eintraten. Ein Einsatz, der sicher vieles abverlangte; denn Flüchtlingsarbeit war und ist nicht einfach. Vielen Dank für diese Arbeit!

Aber ich erinnere mich natürlich auch an die Flüchtlinge, die ich kennen gelernt habe. Einige Flüchtlinge, die damals im Kirchenasyl waren, habe ich noch genau im Gedächtnis. Familien, die mit ihren Kindern in kirchlichen Räumen im Lande Baden-Württemberg untergebracht waren und gemeinsam mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern hofften, hier bleiben zu dürfen, in dem Lande bleiben zu dürfen, in das sie geflohen waren, wo sie auf Hilfe hofften und in welchem manche der Kinder bereits geboren waren. Es gab glücklicherweise ab und zu positive Beendigungen solcher Kirchenasyle. Und ich habe mich ganz ehrlich gefreut, wenn ich manchmal auch ein bisschen dazu beitragen konnte. Soweit nur ein paar rückblickende Gedanken - es gab natürlich viel, viel mehr.

Zur Jetztzeit: Gerade gestern habe ich einen sehr berührenden Artikel im Spiegel gelesen, der über das traurige und unmenschliche Schicksal von Flüchtlingen aus Afrika berichtet, die vor dort versuchten, in einem Boot nach Europa zu gelangen, wo sie auf Hilfe hofften. Unterwegs starben fast alle der Kinder, was mich besonders berührte, und ich hätte heulen können. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass die „Festung Europa“ sich ohne Not so stark abschottet, aber durch den Artikel sehe ich mich auch darin bestärkt, dass es unendlich wichtig ist, Fluchtursachen zu bekämpfen und dafür zu sorgen – speziell auch in Afrika – dass alle Menschen so leben können, dass sie ihre Heimat nicht verlassen müssen, weil sie verfolgt, weil sie entrechtet, weil sie vergewaltigt, weil sie umgebracht werden oder ganz einfach hungern müssen.

Vielleicht bietet die derzeitige Krise der globalisierten Welt auch eine Chance zum Umdenken und dem Versuch, weltweit dafür zu sorgen, eine neue Weltpolitik zu beginnen – sodass endlich alle Menschen in den Genuss der allgemeinen Menschenrechte kommen. Ich selbst werde nicht aufhören davon zu träumen.

Ich wünsche allen Flüchtlingen sowie allen Engagierten in diesem Bereich alles Gute und viel Stärke für ihr Leben und Arbeiten sowie den notwendigen Optimismus, von einer anderen, einer besseren Welt zu träumen.

Und bevor das Fest - der Bericht vom Fest - zu Ende geht: Ein ganz herzliches Dankeschön an alle Mitwirkenden, an alle, die da waren, an alle, die sich mit Beiträgen am Fest beteiligt haben und an all die Vielen, die im Hintergrund gewirkt haben!

Dank auch an die vielen Ehrenamtlichen, die sich im Flüchtlingsrat vernetzt haben und vor Ort mit der Unterstützung von Flüchtlingen eine wichtige Arbeit leisten.

An euch gehen die vielen Glückwünsche und Ermutigungen, die den Flüchtlingsrat erreicht haben. In diesem Sinne, auf weitere gute Zusammenarbeit,

Geschäftsstelle und Sprecherrat



Wir brauchen den Flüchtlingsrat auch weiterhin

Susanna Schillaci

Wir brauchen den Flüchtlingsrat auch weiterhin,

weil er wohl die einzige Anlaufstelle ist, die allein schon durch ihren Namen zukunftsweisend für die Arbeit mit Flüchtlingen ist.

Institutionen wie Ausländerbehörde, RP und BAMF und wie sie alle so neumodisch intellektuell und insidermäßig abgekürzt nicht alle heißen - taucht hier irgendwo im Namen **Rat** in Kombination mit **Flüchtling** auf?

Vielleicht ist man als Flüchtling oder Engagierte in der Wirklichkeit mit Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind und hier ankommen, nach gewagtem Besuch einer solchen Institution, eher **ratlos** bis hin zu fassungslos als gut **beraten**. Aber die vielversprechende willkommensheiße Bezeichnung dieser Einrichtungen hat es ja schon vorwarnend **verraten**: Der **Rat** oder die **Beratung** äußert sich durch das Öffnen einer personenlosen Akte, der Flüchtling X, und dessen Schließung, evtl. wird der Vorgang kurzzeitig durch das Betätigen eines Stempels oder gegebenenfalls durch das Hinzuziehen eines dickeren unverständlich klein bedruckten dicken Buches unterbrochen.

Also nochmals zur Verdeutlichung:

Definition **Flüchtling** = **Akte**,

Definition **Rat** = **TAT** = **Akte** öffnen und schnell wieder schließen.

Und deshalb brauchen wir euch als **Flüchtlingsrat**

Susanna Schillaci, Asylcafé Reutlingen

Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg

Wir suchen Initiativen, die die Patenschaft für einen Baum übernehmen und diesen an ihrem Ort möglichst im öffentlichen Raum in einer öffentlichen Aktion pflanzen.

Warum 20 plus x Bäume?

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg wird 20 Jahre alt. Wir wollen deshalb symbolisch und ganz praktisch positive Zeichen setzen: 20 plus x Bäume! „20“ steht für die vergangenen Jahre. „Plus x“ für die Zukunft...

Warum gerade Bäume?

Bäume sind starke Symbole: sie sind hier verwurzelt. Sie bleiben. Sie kommen aus vielen unterschiedlichen Ländern. Sie sind vielfältig und bunt. Sie tragen viel Positives für uns alle bei. Sie sorgen für Sauerstoff. Ihr Laub sorgt für Humus. Sie tragen Früchte. Sie bieten anderen Schutz. Sie sind Nistplatz für Vögel. Sie bieten Schatten und sind Platz der Begegnung und Kommunikation. Sie sind lebendige Zeichen der Teilhabe.

Wie soll die Aktion verlaufen?

Wir wollen an mindestens 20 verschiedenen Orten überall in Baden-Württemberg mit Ihrer Unterstützung innerhalb eines gemeinsamen Zeitrahmens diese Bäume pflanzen. Die Aktion soll möglichst unter breiter öffentlicher Mitwirkung und Beachtung geschehen.

Was können Sie tun?

Der erste Teil der Aktion ist die Suche nach einem (oder mehreren) geeigneten Standort/en in Ihrer Gemeinde. Hierfür brauchen Sie Bündnispartner! Auch der Ort, an dem der Baum gepflanzt wird, kann symbolisch für einen bestimmten Lebensbereich stehen, der für Flüchtlinge wichtig ist (bzw. aus dem Flüchtlinge oft ausgeschlossen werden.) Denkbar sind z. B. das Gelände der Flüchtlingsunterkunft, Schulhof, Kindergarten, Rathaus, Ausländerbehörde, Volkshochschule, Uni, Gericht, Firmen, Fabriken, öffentliche Anlagen. Für die Pflanzaktion muss natürlich die Genehmigung des Grundstückseigners eingeholt werden. Am besten sollte die Aktion gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften, Initiativen, Politikvertretern, Medien usw. durchgeführt werden.

Der zweite Teil der Aktion ist die öffentliche Pflanzung. Hier sollten Sie Künstler, Musiker, Politiker etc. zur Unterstützung suchen. Vielleicht kann die Aktion auch gemeinsam mit einer Kirchengemeinde nach einem Gottesdienst, im Rahmen eines Schulprojekts zusammen mit Schülern, begleitet von einem Konzert oder einer szenischen Aufführung gestaltet werden. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Der dritte Teil der Aktion ist auf Dauer angelegt: natürlich muss der Baum gepflegt (z. B. im Sommer gegossen) werden. Nach Möglichkeit sollte eine Schautafel mit einem Hinweis auf die Aktion am Baum angebracht werden. Und natürlich kann der Baum auch jedes Jahr wieder besucht werden, Feste können hier gefeiert werden, ein Treffpunkt mit Flüchtlingen kann entstehen, Malaktionen mit Kindern können durchgeführt werden etc. Je nach Standort können auch spezielle Themen mit dem Baum verknüpft werden (z. B. Fluchtgeschichten, Kinderflüchtlinge, Menschen ohne Papiere usw.)

Was macht der Flüchtlingsrat B-W?

Wenn es bei Ihnen vor Ort keine Baum-Spender gibt, werden die Bäume vom Flüchtlingsrat beschafft. Der Flüchtlingsrat macht die Aktion landesweit bekannt, sorgt für die überregionale Pressearbeit und bereitet Informationsmaterialien vor. Als landesweite Aktion wird eine Baden-Württemberg-Karte gestaltet, auf der alle Bäume (und damit Ihre Initiative) eingetragen werden. So wird die landesweite Vernetzung besonders deutlich.

Wann soll die Aktion laufen?

Herbstzeit ist Pflanzzeit... Wir bitten darum alle Flüchtlingsinitiativen, spätestens in der ersten Novemberwoche ihre/n Baum/Bäume öffentlich zu pflanzen und dies frühzeitig dem Büro des Flüchtlingsrates zu melden. Am 8. 11. wollen wir dann gemeinsam in Stuttgart bei unserem „Geburtstagsfest“ den 21sten Baum „plus x“ pflanzen.

Wann bzw. wem melden Sie, was Sie planen?

Natürlich würden wir für unsere Planungen im Vorfeld gerne erfahren, an welchen Orten „öffentliche Pflanzaktionen“ geplant sind. Bitte teilen Sie uns deshalb bis Mitte Oktober per Mail oder telefonisch (0711 5532834) mit, zu welchem Termin und an welchem Ort Ihre Aktion stattfinden wird. Gerne beantworten wir in der Geschäftsstelle natürlich auch Ihre anderen Rückfragen.



Kultur der Menschlichkeit

AK Asyl pflanzt Baum für Flüchtlinge vor der Kirchheimer Bastion

„Flüchtlinge sind ein Teil unserer Gesellschaft, sie haben Platz in unserer Gesellschaft“, betonte Oberbürgermeisterin Angelika Matt-Heidecker anlässlich einer Baumpflanz-Aktion des Arbeitskreises Asyl am vergangenen Freitag. Ein kleiner Platz, wo dies sichtbar werden soll, befindet sich am Treppenaufgang zur Kirchheimer Bastion: Dort steht nun ein „Baum für Flüchtlinge“, ein vier Meter hoher Trompetenbaum.

Kirchheim. Die Mitglieder des Arbeitskreises Asyl Kirchheim wünschen sich, dass Flüchtlinge Wurzeln schlagen können in ihrer Stadt. So setzten sie eine Idee des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg in die Tat um und pflanzten zu dessen 20-jährigem Bestehen einen von vielen Bäumen im Land. Er soll ein Zeichen der Verantwortung für Menschen sein, die nach ihrer Flucht und oft nach Jahren der Ungewissheit eine neue Heimat brauchen.

Möglich wurde die Aktion nur durch die Unterstützung von vielen Seiten: Die großzügige Spende des Baums durch die Baumschule Christoph Ulmer in Weilheim, die kostenlose

Durchführung der aufwendigen Pflanzarbeiten durch die Gartenbaufirma Köber, die organisatorische Unterstützung durch die Bastion. Die beiden jungen Musiker Maren Sequens und Jörg Weigele umrahmten gekonnt und einfühlsam die Veranstaltung mit „Weltmusik“ in verschiedenen Sprachen. Auch sie verzichteten auf ihre Gage.

Marianne Gmelin, die Beauftragte für Flüchtlinge im Kirchenbezirk Kirchheim, begrüßte etwa hundert Menschen, die zur Pflanzaktion gekommen waren – Flüchtlinge und andere Kirchheimer. Eine bunte Menge scharte sich um den Baum und schmückte ihn mit guten Wünschen, die auf weiße Stoffstreifen geschrieben wurden. Auf Arabisch, Tamilisch, Türkisch, Englisch und Deutsch wurden Wünsche formuliert wie „Mehr Gerechtigkeit“, „Bleiberecht für Geduldete“, „Eine Zukunft ohne Angst“ und sogar ein Gedicht zu Stoff gebracht.

Auf die Unveräußerlichkeit des im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl wies die Oberbürgermeisterin Angelika Matt-Heidecker in ihrer Rede nochmals hin, dankte allen in



der Flüchtlingsarbeit Aktiven und versprach auch künftig die finanzielle Unterstützung der Stadt für den Arbeitskreis Asyl. Roland Böhringer, der Leiter des Amtes für Familie und Soziales, brachte zum Ausdruck, dass die Stadtverwaltung der Anfrage des Arbeitskreises nach einem guten Standort für den Baum gerne nachgekommen sei. In Kirchheim habe man Flüchtlingen schon immer einen guten Platz eingeräumt. Das habe angefangen bei den Flüchtlingen, die nach dem Weltkrieg in großer Zahl in die Stadt gekommen seien, und sei später, als die Stadt in den Achtzigerjahren wegen vieler Asylsuchender vor großen Herausforderungen gestanden habe, fortgesetzt worden. Auch er bedankte sich für die ehrenamtliche Unterstützung bei diesen Bemühungen.

Vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg war dessen Sprecher Reimar Krauß gekommen, der bis vor Kurzem das Amt des Kirchenbezirksbeauftragten für Flüchtlinge in Kirchheim innehatte. Er kritisierte die deutsche und die europäische Asylpolitik. Die baden-württembergische Verfassung garantiere eigentlich das „Recht auf Heimat“, das Flüchtlingen aber durch restriktive übergeordnete Regelungen verwehrt werde. In Kirchheim, so wisse er aus Erfahrung, werde Flüchtlingsarbeit unterstützt. „In der Bastion unten findet gute Kultur im Keller statt. Hier oben auf den Straßen und in den Häusern wird eine Kultur der Menschlichkeit gepflegt.“ Pm

Quelle: Teckbote, 11.11.2008

„Lebensbaum“ für Flüchtlinge

Konstanz: Flüchtlings-Gruppen und Kinder pflanzen heute im Herosépark einen von 20 Bäumen im Land. Mit der Aktion wollen sie an die Gründung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg vor 20 Jahren und die Anfänge des Arbeitskreises Asyl in Konstanz vor 25 Jahren erinnern.

Konstanz – Der „Lebensbaum“ steht für Flüchtlinge, die sich entfalten und Früchte für alle tragen können, wenn sie die Chance erhalten, hier Wurzeln zu schlagen. „Menschen, die sich integrieren wollen, sollen einen Boden vorfinden, in dem sich Leben einpflanzen kann“, bringt Hermann-Eugen Heckel, Geschäftsführer des Runden Tisches zur Begleitung von Flüchtlingen, den Gedanken hinter der Pflanzaktion auf den Punkt. Mehrere Kindergärten und die Gebhardschule gestalten die Pflanzaktion mit und wollen die Pflege der Pflanze übernehmen. „Einen Baum nicht zu gießen, ist wie einen Menschen vertrocknen zu lassen“, sagt Friederike von Wolff vom Runden Tisch über den Lerneffekt, den sie sich bei den Kindern erhofft.

In ihrer Arbeit am Runden Tisch und seit 25 Jahren im Arbeitskreis Asyl erlebt sie manchmal, wie Behörden, Flüchtlinge „vertrocknen“ lassen. In Asylverfahren beispielsweise kämen schwerwiegende Übergriffe auf Leib und Leben häufig

nicht zur Sprache, weil kulturelle Hintergründe nicht beachtet werden. So sei es etwa einer islamisch geprägten Frau nicht möglich, einem Mann von erlittenen Qualen wie sexueller Folter zu berichten. Um von Menschen, die vor Staatsgewalt, Folter und Verfolgung geflohen sind, vollständige Antworten auf die für den Asylantrag entscheidenden Fragen zu bekommen, sei geschultes Personal notwendig, das sensibel auf die besondere Lage der Asylbewerber eingehe, stellt von Wolff fest.

Sie berichtet von einer Kurdin, deren Ausführungen als unglaubwürdig angesehen wurden, weil sie nicht in der Lage war, exakte Daten zu nennen. Erst später wurde klar, warum: Die Frau war Analphabetin. Zahlen hatten für sie keine Bedeutung. Die wahren Dramen hinter einem Flüchtlingsschicksal kristallisierten sich auch in anderen Fällen erst während der Begleitung durch Asylkreise heraus. In den Papieren der Behörden tauchten sie nicht auf. „Es braucht viel Aufwand, da Gerechtigkeit herzustellen“, fasst von Wolff die Arbeit der Flüchtlingskreise zusammen.

„Es geht darum, Flüchtlingen im Rahmen der Gesetze zu helfen“, beschreibt Heckel die Bemühungen am Runden Tisch. An ihm sitzen unter anderem Vertreter von Asylgruppen, Behörden, Polizei, Politik und Kirchen. Dort wird nach Lösungen in besonders dramatischen Einzelfällen gesucht. Heckel beklagt, der Spielraum eines Gesetzes werde manchmal nicht zugunsten der Menschen genutzt. „Es kommt immer darauf an, mit welchem Geist man eine Sache betrachtet“, stellt von Wolff fest.



Quelle: Südkurier, 15.10.2008

Baum erinnert an Flüchtlings-Not

Pflanzaktion des Freundeskreises Asyl aus Mühlacker auf dem Gelände der Villa Rustica in Enzberg

Von Volker Henkel

Mühlacker-Enzberg. Der Freundeskreis für Asylsuchende in Mühlacker hat sich am Samstag an der Aktion „20 und x Bäume“ beteiligt. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat sie anlässlich seines 20-jährigen Bestehens initiiert, um ein Zeichen für Flüchtlinge zu setzen. Acht Mitglieder des Vereins pflanzten auf dem Gelände der „Villa Rustica“ in Enzberg einen Gingo-Baum. Sonja Bodner nahm vom Historisch-Archäologischen Verein Mühlacker an der Aktion teil. Der Baum gilt als Symbol für das Wurzelschlagen. Das sollte die Initiative symbolisieren. Flüchtlingen wäre dies kaum noch möglich. „Es kommen praktisch keine Flüchtlinge mehr zu uns“, beschrieb Christiane Bastian-Engelbert die Situation in Mühlacker. Für den Freundeskreis sei dies „keine positive Botschaft“.

Klaus Noortwijck betonte, viele deutsche Vorfahren aus der Region seien aus wirtschaftlichen Gründen nach Amerika ausgewandert. Sie hätten dazu erheblich beigetragen, die Vereinigten Staaten aufzubauen. Vereinsmitglied Sigrid Baumgärtner und Songard Bodner sagten, die Welt habe sich „durch die Ausbeutung vieler Entwicklungsländer Vorteile verschafft“. Durch diese Ungerechtigkeiten seien Flüchtlingsströme ausgelöst worden. Dieser Verantwortung sollten die demokratischen Nationen gerecht werden. Am Gingo-Baum von Enzberg soll eine Tafel aufgestellt werden, die auf das Schicksal von Flüchtlingen hinweist.

Quelle: Pforzheimer Zeitung, 17.11.2009

Freundeskreis beteiligt sich an Pflanzaktion

Mühlacker-Enzberg (pm) – Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, der Dachverband der örtlichen Asyl- und Flüchtlingsinitiativen, blickt 2008 auf sein Wirken in zwei Jahrzehnten zurück und hat die Aktion „20 + x Bäume in Baden-Württemberg“ ausgerufen, um auf das Schicksal von Flüchtlingen und Asylsuchenden aufmerksam zu machen. Im Gegensatz zu Bäumen, die Wurzeln schlagen dürften, müssten Asylsuchende und Flüchtlinge oft über viele Jahre um ihr Aufenthaltsrecht bangen, heißt es in einer Pressemitteilung.

An der Initiative beteiligt sich heute auch der Freundeskreis für Asylsuchende Mühlacker mit einer Pflanzaktion an der Villa rustica. Beginn ist um 12 Uhr auf dem Gelände in Enzberg. Unterstützer und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Quelle: Mühlacker Tagblatt, 15.11.08



Ein Baum für die Menschenrechte

Karlsruhe (stf/lh) - Auf Anregung des Menschenrechtszentrums (MRZ) Karlsruhe wurde am Montag der erste Menschenrechtsbaum im Kreativpark Alter Schlachthof gepflanzt. Auch Bürgermeister Klaus Stapf griff bei dem symbolischen Akt zum Spaten, um den Baum zu festigen.

Der Bürgermeister fand eine der vielen Parallelen zwischen den Menschenrechten und dem Pflanzen der jungen Linde: Die Einwanderer, welchen das MRZ Hilfe leistet, sollen genau wie der junge Baum in Karlsruhe Wurzeln schlagen. Auch Dankwart von Loeper, Vorsitzender des MRZ, verglich die Natur des Menschen und der Bäume miteinander, denn beide seien „hier verwurzelt, sind vielfältig und bunt“. Der Verein, der sich für die Einhaltung und Wahrung der Menschenrechte in Karlsruhe und weit darüber hinaus einsetzt, besteht seit über zwölf Jahren - und ist damit ungefähr genauso alt wie die Linde, die mit gemeinsamen Kräften gepflanzt wurde.

Der Baum kann nicht nur 15 Meter groß werden, sondern wird mit ein bisschen Glück noch in 1.000 Jahren im Kreativpark stehen. Die Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Angelika von Loeper, sieht diesen Baum als „Willkommensgruß“ für Flüchtlinge, wie zum Beispiel die erst kürzlich aufgenommenen Iraker. Für den Baum wurde ein Standort zum Leben gefunden und so soll auch den Menschen, die nach Deutschland kommen, Halt und ein neues Zuhause gegeben werden.

Quelle: ka-news 30.3.2010



Bürgermeister Klaus Stapf enthüllte Patenschafts-Tafel für Flüchtlingsbetreuung vor dem Eingang zum IBZ

Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Flüchtlingsrats Baden- Württemberg und zum 10 jährigen Geburtstag der Initiative „Freunde für Fremde e.V.“ übernahm der Verein die Patenschaft für einen 20-jährigen Baum im Eingangsbereich des Internationalen Begegnungszentrums.

Im Rahmen einer Feierstunde am 12. November würdigte Bürgermeister Klaus Stapf die Arbeit und den Einsatz der beiden Vereine und enthüllte eine Gedenktafel mit der Aufschrift:

Verfolgte brauchen Schutz!

***10 Jahre Freunde für Fremde e. V.
20 Jahre Flüchtlingsrat Baden- Württemberg e. V.***

November 2008

In Erinnerung an das seit November 1993 geltende Asylbewerber- Leistungs- Gesetz wiesen Gertrud Stihler, Vorsitzende von Freunde für Fremde e.V. und Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, auf die entwürdigende Unterbringung von Asylsuchenden während der oft jahrelangen Dauer der Asylverfahren in Gemeinschaftsunterkünften hin.

Dort haben die Betroffenen Anspruch auf nur 4,5qm Wohnraum/Person. Ganz besonders entwürdigend ist die Versorgung der Betroffenen durch Sachleistungen, d. h. durch Lebensmittelpakete und Kleidung aus den Kleiderkammern der Unterkünfte.

Nicht hinnehmbar ist, die Tatsache, dass die Versorgungssätze der Schutzsuchenden seit der ersten Verabschiedung des Gesetzes, also seit 15 Jahren nie revidiert wurden, obwohl sie schon bei Inkrafttreten des Gesetzes ca. 25% unter den Sätzen des Sozialgesetzbuches lagen.

Im Anschluss an die Feierstunde informierten sich die Mitglieder des laufenden Konfirmanden-Jahrgangs der Christuspfarre ausführlich über die Arbeit der Freunde für Fremde e.V.

Udo Dreutler, Freunde für Fremde



Wurzeln in fremder Erde

Ein kleiner Baum,
 gesät, gepflanzt, gewachsen irgendwo,
 entfernt von diesem Ort.
 Heute hat es ihn hierher verschlagen,
 War er damit einverstanden,
 dass man ihn aus seinem Mutterboden herausgeschält
 und weggebracht hat?
 Haben wir eine Ahnung, ob ein Baum Angst haben kann?
 Ob er sich hier wohl fühlen und gedeihen wird?
 Ist es hier windiger, schattiger, kälter
 Als dort, wo er bist heute fest verwurzelt war?
 Wir wissen es nicht.

Wir haben den Boden vorbereitet,
 haben seine Wurzeln behutsam in gute Erde gebettet,
 wir haben ihn gegossen
 und wir werden auch künftig immer wieder kommen,
 nach ihm schauen, uns um ihn kümmern, ihn gießen,
 damit er wachsen kann.
 Und wir werden unsere Freude an ihm haben.

Menschen,
 auch sie aufgewachsen irgendwo,
 weit entfernt von unserer Stadt, von unserem Land.
 Auch sie hat es hierher verschlagen.
 Ist es für sie hier windiger, schattiger, kälter
 Als dort, wo sie fest verwurzelt waren?
 Haben sie freiwillig ihren Mutterboden verlassen?
 Haben sie Angst, fühlen sie sich wohl, können sie hier
 gedeihen?
 Sind wir da nicht sicher?

Sie zumindest können wir fragen – anders als den kleinen
 Baum.
 Auch für sie muss der Boden bereitet werden,
 damit sie Fuß fassen und wachsen können.
 Und wir sollten auch mit ihren Wurzeln behutsam umgehen.
 Auch sie warten auf unsere Besuche,
 dass wir nach ihnen schauen, uns um sie kümmern.
 Wir können ihnen zu trinken geben, wenn sie durstig sind
 nach Zuwendung.
 Und auch mit ihnen zusammen können wir Freude erleben.

Inge Lamberg-Scherl

Quelle: Haller Tagblatt

Damit sie Wurzeln schlagen

Freundeskreis Asyl pflanzt Baum – Flüchtlinge müssen um
 Bleiberecht bangen

Von Tobias Würth

Hala Elamin (34) aus dem Sudan schaut gespannt zu, als ein
 Baum in den Ackeranlagen gepflanzt wird. Der Freundeskreis
 Asyl möchte ein Zeichen setzen: Der Baum soll sich verwur-
 zeln, so wie Flüchtlinge auch.

Schwäbisch Hall. Zum 20. Geburtstag des Dachverbands
 der Asylinitiativen, dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg,
 werden im Land 20 Bäume gepflanzt. Einer davon steht nun
 in den Ackeranlagen, zwischen dem Café und dem Fluss
 – gespendet von der Baumschule Waller. Die amerikanische
 Schwarznuss wurde am Samstag in den Boden gesetzt, ange-
 gossen und soll nun Wurzeln schlagen.

Hala Elamin schaut in aller Ruhe auf den Baum, lauscht den
 Klarinettenklängen von Hans Kumpf. Die dunkelhäutige Frau
 aus dem Sudan kam 2001 nach Deutschland. Sie gehörte einer
 Oppositionspartei an. „Mein Mann wurde verhaftet. Wir
 wissen bis heute nichts von ihm“, sagt sie. Zusammen mit
 ihrem Sohn, der jetzt neun Jahre alt ist und in die vierte Klasse
 geht, sie sie in Deutschland gelandet. „Der Asylantrag wurde
 abgelehnt“, sagt sie. Auch der Folgeantrag scheiterte, sie ist
 in Deutschland nur geduldet. „Man könnte immer noch abge-
 schoben werden“, formuliert sie eine Sorge. Schon mehrmals
 ist sie während des strapaziösen Asylverfahrens körperlich
 zusammengeklappt. „Die Leute haben mir bei allem gehol-
 fen, Arztbesuchen, Behördengängen, und mit einem Anwalt“,
 sagt die Mutter.

„Uns geht die Arbeit nicht aus“, sagt Hanna Hald vom Haller
 Freundeskreis Asyl. Zwar gebe es wegen der verschärften Ge-
 setze immer weniger Flüchtlinge, die bedürften aber immer
 mehr Hilfen, meint Marion Urbitsch vom Freundeskreis.
 Rund 50 Flüchtlinge leben in der Unterkunft im Haller Wes-
 ten. Derzeit würden viele bereits Asylanträge überprüft und
 plötzlich einzelnen Familien entzogen, berichtet Hald. Es
 gebe aber auch Lichtblicke: „Wir wissen, dass es in der Stadt
 viele gibt, die Flüchtlingen helfen.“

Das hat auch Hala Elamin erfahren. In Hall fühlt sie sich in
 Geborgenheit, hier gebe es eine Zukunft für ihren Sohn, sagt
 die Frau, die so schnell Deutsch spricht, wie kaum ein einge-
 borener Haller. Gerade macht sie eine Ausbildung als Heiler-
 ziehungspflegerin im Sonnenhof, zog kürzlich mit ihrem Sohn
 aus dem Asylantenheim in eine kleine Mietwohnung um.

Quelle: Haller Tagblatt, 17.11.200



«Leben wie ein Baum - einzeln und frei, und brüderlich wie ein Wald, das ist unsere Sehnsucht.»

Dieses Zitat des türkischen Dichters Nazim Hikmet war Motto für die Baumpflanzaktion des Freundeskreis Asyl in den Haller Ackeranlagen (zwischen Anlagencafé und Kocher). Mitglieder des Haller Freundeskreis Asyl und Haller Flüchtlinge pflanzten am 15. November einen Schwarznussbaum. Anlass war das 20jährige Jubiläum des baden-württembergischen Flüchtlingsrats, dem Dachverband der landesweiten Flüchtlingsinitiativen.

In ganz Baden-Württemberg wurden im Laufe diesen Herbstes 20 plus x Bäume gepflanzt. Diese Aktionen sollten symbolisch die „Verwurzelung“ vieler Flüchtlinge unter uns zeigen. Ein Baum bedeutet Verwurzelung, Zukunft, Wachstum, aber auch Schutz und Kraft.

Als vor über 20 Jahren die ersten Flüchtlinge nach Deutschland kamen, damals vor allem aus Eritrea, bildeten sich in vielen Gemeinden und Städten nach und nach Flüchtlingsinitiativen, weil engagierte BürgerInnen merkten, dass Flüchtlinge Hilfe und Solidarität brauchten. Schnell waren nämlich auch negative Stimmen in Bezug auf AsylbewerberInnen zu hören. Den negativen Höhepunkt hatten wir ab 1992, als, verursacht durch den Jugoslawienkrieg, die Flüchtlingszah-

len enorm stiegen. „Asylflut“ und „Das Boot ist voll“ waren die negativen Schlagworte. Überall, auch in Schwäbisch Hall wurden große „Sammellager“ errichtet. Kaum ein Einheimischer hat diese „out of area“-Wohngebiete je betreten.

Das Sammellager in den ehemaligen Dolan Barracks gibt es lange nicht mehr. Die Flüchtlingszahlen sind enorm gesunken. Eine Folge der Gesetzgebung, nach der ein Flüchtling nur noch in dem Land Asyl beantragen kann, in dem er seinen Fuß als erstes setzt. Und da Deutschland praktisch von lauter sog. „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist, werden die meisten Flüchtlinge erst mal wieder „zurückgeschoben“.

Mittlerweile haben aber auch viele Flüchtlinge hier Fuß gefasst. Menschen aus allen Kontinenten, die das Glück hatten den Asylantragsweg durch alle Instanzen zu gewinnen leben unter uns. Ihre Kinder besuchen Kindergarten und Schulen. Viele sind in Ausbildung und Arbeit. Viele von ihnen waren an diesem Novembertag bei der Baumpflanzung in den Ackeranlagen. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass dieses Bäumchen wächst und gedeiht zu einem großen, starken Baum.

Quelle: alpha press, November 2008

Baumpflanzungsaktion in Tübingen

Am 28. September dieses Jahres haben wir im Rahmen eines Gottesdienstes in der Eberhardskirche einen Wacholderbaum gepflanzt. Die Idee geht zurück auf die Aktion, zu der der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg anlässlich seines 20-jährigen Bestehens aufgerufen hat.

Warum in der Eberhardsgemeinde? Nicht nur, weil der diesjährige Gottesdienst, der traditionell vom Asylzentrum und dem Freundeskreis für Flüchtlinge mitgestaltet wird, bei uns in der Kirche stattfand. Gerade in unserer Gemeinde hat der Bezug zu Flüchtlingen eine lange Tradition. So bestand schon unmittelbar nach dem Krieg die Überlegung, an der Stelle, an der heute das Gemeindehaus steht, ein Wohnheim für – damals noch heimatvertriebene – Flüchtlinge zu bauen. Auch in den 70er Jahren lebten Flüchtlinge bei uns, aus Eritrea und Äthiopien, die in der Küche des Gemeindehauses afrikanisches Essen gekocht haben.

Vor allem aber erinnern wir uns daran, daß hier bei uns in der Gemeinde im Jahr 1981 der erste „Freundeskreis Asylbewerber in der Thiepvalkaserne“, wie er am Anfang noch hieß, gegründet wurde. Hauptinitiator war Werner Baumgarten, damals Pfarrvikar in der Eberhardsgemeinde, später Asylpfarrer in Stuttgart und Mitbegründer des AK Asyl Baden-Württemberg, des heutigen Flüchtlingsrates.

Aus dem damaligen Freundeskreis ging einige Jahre später der Förderverein für das Asylzentrum Tübingen hervor, als die Unterkunft in der Thiepvalkaserne geschlossen wurde. Heute ist das Asylzentrum eine Einrichtung, die aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken ist, nicht nur als Anlaufstelle für Flüchtlinge, es ist Bestandteil unserer Stadtkultur. Wahrlich ein guter Grund, sich an die Anfänge der Flüchtlingsarbeit hier in Tübingen zu erinnern und durchaus stolz darauf zu sein, was daraus bis heute entstanden ist.

Ein Beispiel dafür ist der Fall der Familie Güler, die mehr als zwei Jahre in Tübingen im Kirchenasyl gelebt hat. Mir ist noch gut im Gedächtnis, wie verzweifelt die Familie damals bei mir im Büro saß, die Abschiebung war schon eingeleitet. Und wie umstandslos und selbstverständlich unser Kirchengemeinderat – einstimmig – beschlossen hat: hier müssen wir helfen, diese Menschen brauchen Schutz. Besonders schön war, dass daraus dann ein „Tübinger Kirchenasyl“ wurde, sogar ein ökumenisches: untergebracht wurden die Güler's in der Mesnerwohnung der Martinsgemeinde, mehrere evangelische und unsere katholische Nachbargemeinde St. Michael haben finanziell und mit großem persönlichen Einsatz das Anliegen unterstützt und waren bis zum guten Ende dabei.

Der Name Thiepval steht aber auch für den Beginn der Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge.

Die Thiepvalkaserne, bis dahin von der französischen Armee genutzt, war die erste sogenannte Sammelunterkunft, die im Regierungsbezirk Tübingen und in Baden-Württemberg eingerichtet wurde – gegen den Widerstand, zumindest zu Beginn, der Stadt Tübingen und weiter Teile der Bevölkerung. Vorausgegangen war in der Tat, dass seit Anfang der 80er Jahre erstmals Flüchtlinge aus der Dritten und Vierten Welt, aus



Afrika, Asien und dem Nahen Osten in größerer Zahl bis Europa und nach Deutschland kamen. Und die Politik reagierte fast unmittelbar. Viele von uns haben den Satz des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth noch im Ohr, die Buschtrommeln sollten in das letzte afrikanische Dorf die Botschaft tragen, dass hier nicht das Paradies sei. Thiepval und die Kasernierung bildeten den Anfang, nahezu jährliche Gesetzesverschärfungen, Sachleistungsprinzip und Asylbewerberleistungsgesetz, schließlich die Zerschlagung des Asylgrundrechts im Jahr 1993 und die Drittstaatenregelung folgten. Heute hat sich Europa abgeschottet gegen die Flüchtlinge, die Grenzen werden militärisch gesichert – koordiniert durch die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX. Auf dem Mittelmeer und an den Grenzen Osteuropas sterben mehr Menschen, als zu uns durchkommen.

Einen Baum zu pflanzen vor dem Hintergrund dieser Erinnerungen, das hat für uns am 28. September auch bedeutet: Flüchtlinge haben trotz aller widrigen Umstände in unserem Land und in unserer Stadt Wurzeln geschlagen. Wir wünschen uns, dass dies auch weiterhin möglich ist – wissen aber auch, dass es die Tatkraft von vielen braucht, damit dies geschehen kann. Ein Baum als Zeichen der Hoffnung, dass immer wieder Neues wachsen kann – ein regionaler Beitrag als Symbol für das 20-jährige Bestehen einer Organisation, deren Engagement in Tübingen Neues wachsen ließ und dazu beigetragen hat, dass Menschen Wurzeln schlagen konnten.

Inhalt

- 3 Helga Groz: Flüchtlingsrat feiert sein 20-jähriges Bestehen
4 Günter Burkhardt: 20 Jahre FR B-W: Rückblick und Ausblick
12 Mehrnousch Zaeri: Flüchtling
14 Reimar Krauß im Gespräch mit Eva Abele: Wie war das damals?
16 Werner Baumgarten: 20 Jahre AK Asyl - Grußwort
18 Ragini Wahl: Zwischen Aufbruchstimmung, internen Kontroversen, Notwendigkeiten und Visionen
20 Manfred Köhnlein: D'Asylanta
21 Ingrid Bohsung: 20 Jahre Arbeitskreis Asyl/ Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
24 Tamus Alshamaa zum „Jubiläum“ 20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
25 Momentaufnahmen
26 Ines Fischer: Grußworte
27 OKR Helmut Beck, DWW
29 Annette Stepputat, Landeskirchl. Beauftragte Ev. Landeskirche Baden
30 Josef Follmann, Caritas Erzdiözese Freiburg
30 Hans Heinz, MdL
31 Ute Vogt, SPD LV Baden-Württemberg
32 Renate Thon, Ein Grund zum Feiern? Trotz allem: Ja!
33 Susanna Schillaci, Wir brauchen den Flüchtlingsrat auch weiterhin
34 Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt Bäume
35 AK Asyl Kirchheim: Kultur der Menschlichkeit
36 AK Asyl Konstanz: „Lebensbaum“ für Flüchtlinge
37 Freundeskreis Asyl Mühlacker: Baum erinnert an Flüchtlings-Not
38 Menschenrechtszentrum Karlsruhe: Ein Baum für Menschenrechte
38 Freunde für Fremde e.V.: Verfolgte brauchen Schutz!
39 Inge Lamberg-Scherl: Wurzeln in der Fremde
39 Freundeskreis Asyl Schwäbisch Hall und Haller Flüchtlinge: Damit sie Wurzeln schlagen
40 Manfred Weidmann: Baumopflanzaktion in Tübingen

Impressum:

Das **Magazin Rundbrief** wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat **Baden-Württemberg**.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Angelika von Loeper (V.i.S.d.P.)

Layout: Angelika von Loeper

Fotos: Udo Dreutler, Dankwart von Loeper, Baumaktionen von den jeweiligen Asyl AKs

Redaktionsadresse:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

Urbanstr. 44,
D-70182 Stuttgart

Tel.: 0711/ 55 32 834 Fax: 0711/ 55 32 835

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Internet: www.fluechtlingsrat-bw.de

Rundbrief online im Internet: www.fluechtlingsrat-bw.de

Gefördert durch den Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) und PRO ASYL.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

- koordiniert und vernetzt die Arbeit der örtlichen Asylkreise und das vielfältige Engagement in unserem Bundesland.
- informiert durch Rundbriefe, Newsletter, per E-Mail und mittels einer homepage über die wichtigsten Fragen der Asylpolitik, Hintergrundinformationen zu den Herkunftsländern sowie wichtige Entscheidungen in Asylverfahren.
- fördert das Verständnis für Flüchtlingsfragen in der Öffentlichkeit. Durch Gespräche mit Parlamentariern, Behörden, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen versucht er, die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern.
- bietet Qualifizierung und Weiterbildung durch Plenumsitzungen 3 x im Jahr in Stuttgart, sowie durch Tagungen in Zusammenarbeit mit den Ev. Akademien in Bad Boll und Bad Herrenalb. Ein jährlich neu aufgelegtes Fortbildungsprogramm bringt ReferentInnen auf Wunsch der Initiativen durch die Unterstützung des Flüchtlingsrates und des Europäischen Flüchtlingsfonds direkt in die Region.
- vermittelt kompetente Fachleute und Referenten und bietet einen ständigen Infoservice für Asylfragen. Die INFO-Hotline ist jeden Dienstag von 9:00 - 13:00 und Donnerstag von 14:00 - 18:00 erreichbar.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg steht allen Interessenten offen

Der Verein wurde 1988 als Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e.V. gegründet. Im Sommer 2005 hat die Mitgliederversammlung aus Gründen der bundesweiten Vereinheitlichung einstimmig die Namensänderung in Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. beschlossen. Der Verein hat über 200 Mitglieder aus allen Regionen Baden-Württembergs, Menschen jeden Alters und aus dem gesamten beruflichen und sozialen Spektrum.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 52 € im Jahr. Er beinhaltet die Zusendung der Rundbriefe und Schnellinfos sowie die Einladung zu allen Veranstaltungen des Vereins.

Spendenkonto:

Für diese Arbeit sind wir auf Ihre Spenden angewiesen. BW-Bank Konto Nr.: 351 7930 BLZ 600 501 01

So können Sie aktiv dabei sein....

- Ich interessiere mich für die Arbeit und bitte um weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied beim Flüchtlingsrat Baden-Württemberg werden und erkläre hiermit meinen Beitritt.
Mein jährlicher Mitgliedsbeitrag beträgt 52 Euro im Jahr.
- Ich ermächtige den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. diesen Betrag von meinem Konto abzubuchen.

Kontoinhaber: _____

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bankverbindung: _____

Unterschrift: _____

Absender: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon/Fax: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte zurücksenden an:



FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG
Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart
Fon: 0711-5532 834 Fax: 0711-5532 835

Die INFO-Hotline

ist jeden Dienstag
von 9:00 - 13:00
und Donnerstag
von 14:00 - 18:00
erreichbar.





FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711/ 55 32 834 Fax: 0711/ 55 32 835

E-Mail: vonLoeper@fluechtlingsrat-bw.de

www.fluechtlingsrat-bw.de

Spendenkonto:

BW-Bank Konto Nr.: 351 7930

BLZ 600 501 01